

bai.

**katholisch.
politisch.
aktiv.
in bayern.**

Wie lernt man Demokratie?

Politische Bildung im Jugendverband

03

KÖBERLES KLARTEXT

Weil sich das unsere Demokratie nicht leisten kann...

04

DOSSIER

Politische Bildung im Jugendverband - ein Gütesiegel? // Werkstätten der Demokratie? // Jede Generation lernt Demokratie // Orte politischer Bildung: Der 16. Kinder- und Jugendbericht bestätigt die Bildungspotentiale der Freiwilligendienste // Wir müssen, wir können, wir fordern! //

13

FREI→WILLIG

Da geht's lang // Mal laut gedacht

16

BEWEGEN

Walen - Wahlen - Wahlen // Katholische Jugendarbeit benötigt dringend nachhaltige Finanzierung! // Synodaler Weg und Strukturdiskussion // Jugend braucht mehr Aufmerksamkeit // Bayern muss stärker auf die Jugend zugehen // FÖJ hinterlässt Spuren //

23

BEWIRKEN

Politik-Tag - CAJ Bayern fragt nach! // Schule ist mehr als Unterricht // Beim LEP gemeinsam neu durchstarten - mit mehr Generationengerechtigkeit! // KLJB gegen Hatespeech im Netz und für Reformprozess in der Kirche // Girl Scout Power: Mädchen bilden Bande(n) - vor Ort und weltweit // Sexismus in Augsburg - die Sicht und Erfahrungen von fünf jungen Frauen // Bamberg lebt bunt //

Jugendkorbinian 2021 - AUFMACHEN // Geh wählen - gewählt // Grundrechte junger Menschen müssen berücksichtigt werden // BDKJ-Diözesanversammlung auf dem Volkersberg im Zeichen von Trauer, Vielfalt und Engagement //

34

FEIERN & VERABSCHIEDEN

34

TIPPS

Richtigstellung

In der letzten Ausgabe bei I /2021 haben wir den Namen des Autors des Artikels „Jetzt kann's losgehen — aber richtig“ (Seite 8) falsch geschrieben. Der Autor ist Dr. Niels Brügggen. Wir bitten den Fehler vielmals zu entschuldigen.

Impressum

Herausgeber:

Landesstelle für Katholische Jugendarbeit in Bayern e.V.
Landwehrstraße 68
80336 München
Tel.: 089 / 53 29 31 - 0
Fax: 089 / 532931 - 11

landesstelle@bdkj-bayern.de
www.bdkj-bayern.de

V.i.S.d.P.:

Daniel Köberle

Redaktion:

Daniel Köberle, Christoph Schreiber

Layout:

elfgenpick
Antje Bitterlich

Fotos:

BDKJ Bayern (falls keine andere Quelle angegeben).
Verantwortlich für Bildrechte sind die jeweiligen Bildsteller*innen.
Titelbild: unsplash, Marcel Gaele
Rückseite: istock.com, Kritchanut
Dossier: Seite 4/5: unsplash, Aaron Burdon /
Seite 10/11: hand-782688_1920 Pixabay /
Seite 19: protesting-people-5293174_1920 Pixabay

Interviews und Schwerpunktartikel:

Soweit nicht anders angegeben ohne redaktionelle Änderungen.

bei erscheint drei- bis viermal im Jahr

Bestellservice:

Daniela Früchtl
Tel.: 089 / 532931 - 17
daniela.fruechtl@bdkj-bayern.de

Druck:

KreiterDruck, Wolfratshausen
Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier,
chlorfrei gebleicht

Weil sich das unsere Demokratie nicht leisten kann...

Dieses Heft wird vermutlich um die Bundestagswahl herum am 26. September in den Händen unserer Leser*innen liegen.

Sicherlich wird es dann viel zu diskutieren und zu interpretieren geben, wenn die Ergebnisse der Bundestagswahl feststehen: Welche Kandidat*innen welcher Parteien haben ihre Inhalte mehr oder weniger gut an die Wähler*innen transportiert und warum? Welche Themen waren im Wahlkampf wichtig und welche Themen werden bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen eine Rolle spielen?

Als katholische Jugendverbände haben wir ein sehr konkretes Bild davon welche Themen eine zentrale Rolle für ein Regierungsprogramm spielen sollten. Hier ein paar wenige Beispiele – Regierungsparteien aufgepasst:

Die Beseitigung von Kinderarmut und Bildungsungerechtigkeit, ein zukunftsfähiges Update der Sozialversicherungssysteme, eine ernsthafte Chancengleichheit aller Geschlechter, der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, ein schnelles und vor allem proaktives Handeln im Rahmen der Klimakrise!

Junge Menschen haben einen ausgeprägten Sinn für (soziale) Gerechtigkeit und ihre Umwelt. Umweltschutz und der Kampf gegen die Klimakrise stehen daher nicht von ungefähr ganz oben auf der politischen Agenda von Jugendlichen. Die Fridays for Future Bewegung hat diese Interessenlage endgültig in das Bewusstsein aller Politiker*innen gerückt. Umgegangen wird damit natürlich – je nach Partei – sehr verschiedenartig.

Das ist so weit auch nicht verwunderlich. Zum demokratischen Prinzip gehört nun mal die Auseinandersetzung mit verschiedenen Haltungen und Positionen und die darauf folgende eigene Standortbestimmung.

Blöd nur, dass gerade die Auseinandersetzung mit den Positionen von jungen Menschen echt anstrengend ist. Wir Jugendverbände wissen das. Partizipation – auch im eigenen

Verband – gibt's nicht zum Nulltarif. Es kostet Zeit, oft auch Geld und fast immer Nerven! Und es lohnt sich um ein Vielfaches. Auf den unterschiedlichsten Wegen findet so politische Bildung statt, wie sie eben nur in Jugendverbänden stattfinden kann. Der 16te Kinder- und Jugend-

bericht und der Autor*innen im Schwerpunktteil unseres bei

bestätigen dies mehrfach.

Wesentlich einfacher als eine ernsthafte Beteiligung junger Menschen ist es da deren Belange schlicht zu ignorieren. Das kann gemacht werden, zwingt dann aber auch junge Menschen zur Gründung von so großartigen Bewegungen wie der FFF. Oder man nimmt junge Menschen und deren Themen ernst und senkt endlich das Wahlalter. Das muss jetzt dringend geschehen. Weil es sich unsere Demokratie nicht leisten kann diejenigen von politischen Entscheidungen auszuschließen, die am längsten von den Folgen dieser Entscheidungen betroffen sind.

Wir werden sehen wie ernst die nächste Regierung junge Menschen nimmt.

Welche Themen eine zentrale Rolle für ein Regierungsprogramm spielen sollten



DANIEL KÖBERLE
BDKJ-LANDESVORSITZENDER



Politische Bildung im Jugendverband - ein Gütesiegel?!

Oft wird Lernen direkt mit Schule verknüpft – dann im Kontext eines Lehrplans. Doch Bildung findet überall statt, das Politische ist das Leben in einer Gemeinschaft. Daher beleuchtet dieses Dossier explizit die Orte politischer Bildung, unter Berücksichtigung des aktuellen Kinder- und Jugendberichts.

Werkstätten der Demokratie?

Potenziale und Realität politischer Bildung in der Jugendverbandsarbeit aus der Sicht des 16. Kinder- und Jugendberichtes

Jugendverbände und Jugendringe als Werkstätten der Demokratie – das ist eine in jüngerer Zeit gerne verwendete Formel der Selbstbeschreibung der Kinder- und Jugendverbandsarbeit spätestens seit dem entsprechenden Beschluss der Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes vom Oktober 2018.¹ Wie bei allen derartigen Formeln ist es aber hilfreich, sich hin und wieder auch die Frage zu stellen, inwiefern sie der Realität entsprechen. Anderenfalls würde man Gefahr laufen, einer Selbsttäuschung aufzusitzen. Einen hierzu hilfreichen Ausgangspunkt liefert der aktuelle 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (16. KJB).² Im Mittelpunkt dieses Berichtes stehen Angebote und Formate politischer Bildung in unterschiedlichen Räumen des Aufwachsens. Neben Familie, Kindertagesbetreuung, Schule, berufliche Bildung, digitalen Welten, Protestbewegungen, Freiwilligendienste, Hochschule, Bundeswehr, stationären Angeboten der Hilfe zur Erziehung, Jugendsozialarbeit, kommunalen Beteiligungsformaten u. a. ist dabei ein umfangreiches Kapitel der Kinder- und Jugendarbeit gewidmet (vgl. Deutscher Bundestag 2020, Kap. 10, S. 329-413). Nach einer kurzen Darstellung der leitenden Prinzipien von Kinder- und Jugendarbeit folgt ein längerer Abschnitt zur außerschulischen politischen Kinder- und Jugendbildung mit Exkursen in die internationale Jugendarbeit, die kulturelle Jugendbildung, den Sport sowie den Angeboten politischer Bildung von und in Vereinen junger Menschen mit Migrationsbiografien und/oder People of Color und anderer post-migrantischer Akteurinnen und Akteure. Der zweite größere Abschnitt in diesem Kapitel widmet sich der Kinder- und Jugendverbandsarbeit, an den sich ein ebenso umfänglicher Abschnitt zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Aufsuchenden Jugend(sozial)arbeit anschließt.

Politische Selbstbildung

Politische Bildung wird von der Kommission des 16. KJB als ein von

¹ Vgl. <https://www.dbjr.de/artikel/politische-bildung-staerken-und-schuetzen/>
² Deutscher Bundestag (2020): Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. BT-Drucksache 19/24200. Berlin 11.11.2020. Verfügbar über: <http://pdok.bundestag.de/> oder über: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/162232/27ac76c3f5ca10b0e914700ee54060b2/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>

Subjekten, also im Zusammenhang mit Jugendarbeit von Kindern und Jugendlichen – „getragener Prozess der Herausbildung von Mündigkeit, der sich an demokratischen Grundwerten wie Menschenwürde, Gerechtigkeit, Gleichheit, Frieden, Solidarität, Emanzipation und Freiheit orientiert“ (Deutscher Bundestag 2020, S. 527) begriffen. Politische Bildung in diesem Sinne ist also Demokratiebildung. Dabei wird Bildung im klassischen Sinne als Selbstkonstruktion des Subjektes, also als Selbstbildung verstanden, während zugleich deutliche Distanz zu Top-Down-Vorstellungen der Vermittlung von Demokratie gewahrt wird. Die leitende konzeptionelle Idee des 16. KJB lautet dementsprechend politische Selbstbildung in den unterschiedlichen Räumen des Aufwachsens. Um diese Idee greifbar zu machen, schlägt die Kommission ein drei-dimensionales Konzept von politischer Bildung vor, das m. E. auch für die Praxis der Kinder- und Jugendarbeit hilfreich ist (vgl. Deutscher Bundestag 2020, S. 128). Sie unterscheidet dabei zwischen Demokratie als Bildungsgegenstand: Gemeint ist damit, dass politische Bildung nicht umhinkommt, Wissen und Information über Demokratie zu vermitteln. Demokratie und ihre Strukturen und Verfahren erschließen sich nicht von allein, sondern es bedarf entsprechenden Wissens – auch um Unsinn und Fakes erkennen zu können. Demokratie als Bildungsstruktur: Wissen und Informationen reichen aber nicht aus. Demokratie will erlebt, erfahren und praktiziert werden und es bedarf dafür entsprechender Strukturen, Verfahren und Erfahrungsräume für junge Menschen. Genau deshalb ist Beteiligung so wichtig. Zugleich macht die Kommission deutlich, dass Beteiligung bzw. Partizipation zwar zentrale Voraussetzungen für politische Bildung darstellen, aber noch nicht hinreichen: „Partizipationserfahrungen müssen [...] rekrutiert und eingebettet sowie nach ihren Lernmöglichkeiten zur Ausbildung der politischen Urteils- und Handlungsfähigkeit befragt werden, um Jugendliche dazu zu befähigen, ihre demokratischen Rechte in der Gesellschaft wahrzunehmen und zu verteidigen“ (Deutscher Bundestag 2020, S. 568) – eine gerade für die Verbände herausfordernde These: Wie macht man das in den unterschiedlichen Kontexten, ohne alle Beteiligten zu überfordern? Demokratie als Erfahrung politischer Selbstbildung: Die dritte Dimension verweist auf die Seite der Kinder und Jugendlichen

und ihre Aneignungspraxis. Dabei werden Kinder und Jugendliche „als Subjekte ihres eigenen Lern- und Bildungsprozesses, aber auch als mögliche politische Akteurinnen und Akteure in den Blick genommen“ (Deutscher Bundestag 2020, S. 131).

Kinder- und Jugendverbände

Politische Bildung innerhalb der Kinder- und Jugendverbände findet in sehr unterschiedlichen Kontexten statt – mit großen Unterschieden zwischen den Verbänden und nicht zuletzt abhängig von ihren inhaltlichen Schwerpunkten. Um es beispielhaft zu formulieren: Politische Bildung hat bei den Falken sowohl inhaltlich als auch in Bezug auf die Formate einen anderen Stellenwert als etwa bei der Jugendfeuerwehr oder der Sportjugend – was in keinem Fall bedeuten soll, dass politische Bildung in den zuletzt genannten Beispielen keine Rolle spielen würde. Um dies jenseits der inhaltlichen Foki der Verbände deutlich zu machen, wählt der 16. KJB einen besonderen Zugang: Er rückt die Strukturen und Verfahren der Verbände auf zwei Ebenen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. In einem ersten Schritt werden dabei die in allen Verbänden – wenn auch mit Variationen – beobachtbaren lokalen Gruppen, die „konstitutiven Kerne“ der Verbände (Deutscher Bundestag 2020, S. 366), beschrieben. Betont werden dabei die „Momente der Freiwilligkeit der Teilnahme, die gruppenbezogene Selbstorganisation bzw. der hohe Grad an Gestaltbarkeit, die weitgehende Gleichaltrigkeit der Gruppenmitglieder und die vergleichsweise stabile Zusammensetzung“ (a. a. O.). Vor allem Freiwilligkeit und Selbstorganisation werden dabei als wesentliche Voraussetzungen politischer Bildungsprozesse gesehen, weil jede Gruppe sich immer wieder neu nicht nur über ihre nächsten Aktivitäten, sondern auch über die Bedingungen, wie sie zu einer Entscheidung darüber kommt, verständigen muss. Die Möglichkeit jedes Mitgliedes, bei Nichteinigung und im Zweifelsfall die Gruppe problemlos verlassen zu können und damit ggf. den Zerfall der Gruppe zu provozieren, schafft einen zwanglosen Rahmen für demokratische Aushandlungsprozesse und inkludierende Einigung. Darauf aufbauend werden in einem zweiten Schritt die verbandlichen Strukturen und Verfahren sowie die Kreisjugendringe als in dieser Art einzigartige Orte politischer Bildung für junge Menschen in den Blick genommen. In diesem Sinne stellen die Verbände bis hin zu den Dachverbänden und anderen Zusammenschlüssen „über die Jugendgruppen hinaus vielfältige Möglichkeiten der Beteiligung an internen und externen demokratischen Verfahren und Entscheidungen für junge Menschen“ bereit (Deutscher Bundestag 2020, S. 370). Um es einfach zu formulieren: Wer je in einer jugendverbandlichen Landes- und Bundesdelegiertenversammlung das Spiel mit Geschäftsordnungsanträgen verstanden und genutzt hat, hat viel über Demokratie gelernt. Es ist deshalb aus der Sicht des 16. KJB wichtig, dass diese Gremien nicht nur aus einer vereinsrechtlichen Perspektive als unvermeidliche Notwendigkeiten verstanden werden, sondern als Orte politischer Bildung

begriffen und entsprechend vorbereitet und gestaltet werden – auch um Enttäuschung über die öde Sitzung zu vermeiden. Den Arbeiten an dem Kapitel zur verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit im 16. KJB kam zugute, dass zeitgleich die empirische Studie von Rolf Ahlrichs „Demokratiebildung im Jugendverband. Grundlagen – empirische Befunde – Entwicklungsperspektiven“ veröffentlicht wurde.³ Seine Fallbeispiele wie auch die anderen vereinzelt verfügbaren empirischen Daten – wie auch alle Praxiserfahrungen – machen in der Summe deutlich, dass „die Jugendgruppen, die Verbände, die Dachverbände und andere Zusammenschlüsse im Kern demokratisch verfasst sind, dass aber je nach Verband durchaus Entwicklungspotenziale im Hinblick auf politische Bildung vorhanden sind. Von hier aus ergeben sich eine Reihe von kritischen Anfragen an die jeweiligen Verbände bzw. die Chance für die Verbände, sich selbstkritisch zu befragen, ob und inwiefern die angelegten Potenziale politischer Bildung wirklich konsequent genutzt werden“ (Deutscher Bundestag 2020, S. 384). Diese Anfragen richten sich selbstverständlich auch an die Angebote des BDKJ. Eine besondere Herausforderung bei alledem, die im 16. KJB nicht ausdrücklich diskutiert wird, die aber in der Rezeption immer wieder eine wichtige Rolle spielt, ist der Umstand, dass Kinder- und Jugendverbände wesentlich von Ehrenamtlichen getragen und dass vor allem die Ortsgruppen von jungen Menschen verantwortet werden, die häufig nicht viel älter als die Mitglieder sind. Zugleich formuliert der 16. KJB, wie angedeutet, hohe fachliche Anforderungen an die Angebote politischer Bildung. Nicht zufällig wird im Bericht wiederholt auf große Bedarfe im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung verwiesen. Eine der offenen Fragen, die der 16. KJB den Verbänden hinterlässt, ist die Frage, welche Rolle dabei die Ehrenamtlichen spielen können und sollten. Es wäre eine eigene Diskussion wert, wie die Werkstätten der Demokratie im Sinne des 16. KJB vor allem unter dieser Perspektive weiterentwickelt werden können. DR. CHRISTIAN LÜDERS

³ Ahlrichs, Rolf (2019): Demokratiebildung im Jugendverband. Grundlagen – empirische Befunde – Entwicklungsperspektiven. Weinheim & Basel, Beltz-Verlag.



DR. CHRISTIAN LÜDERS

bis Ende 2020 Leiter der Abteilung „Jugend und Jugendhilfe“ am Deutschen Jugendinstitut in München; Vorsitzender des Bayerischen Landesjugendhilfeausschusses.

Jede Generation lernt Demokratie

Politische Bildung im konfessionellen Jugendverband

Unter dem Titel „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ stellte die damalige Familienministerin Franziska Giefey am 11.11.2020 den 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung vor. Es ist der erste Kinder- und Jugendbericht, der sich ausführlich und systematisch mit politischer Bildung befasst und der Frage nachgeht, wie junge Menschen zur demokratischen Teilhabe befähigt werden können.

Der Kinder- und Jugendbericht legt ein weites Demokratieverständnis zugrunde, das neben der institutionellen Dimension (Demokratie als Herrschaftsform) auch Fragen des alltäglichen und des gesellschaftlichen Zusammenlebens (Demokratie als Lebensform und Gesellschaftsform) in den Blick nimmt. Ausgangspunkt für die Forderung einer umfassenden demokratischen (also politischen) Bildung ist die Überlegung, dass Demokratie in allen Dimensionen durch tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen herausgefordert ist. Junge Menschen wachsen unter dem Einfluss sogenannter „Megatrends“ (wie z.B. die Ambivalenzen der Globalisierung, Klimawandel und Umweltzerstörung oder Flucht und Migration) sowie ganz konkreter Entwicklungen (Rechtsextremismus, Legitimationsprobleme der repräsentativen Demokratie) auf, die das Potenzial haben, Demokratie zu zerstören (S. 45 ff., S. 85 ff.). Diese Megatrends beschreiben zugleich das gesellschaftliche „Aufgabenportfolio für die heutige Generation“ (S. 85 im Kinder- und Jugendbericht).

Vor dem Hintergrund, dass jede Generation Demokratie neu lernen muss (Oskar Negt u.a.), braucht es tragfähige Konzepte und Strukturen der politischen Bildung. Denn nur so können junge Menschen darin unterstützt werden, diese Herausforderungen zu bewältigen. Die von Helle Becker für den 16. Kinder- und Jugendbericht erstellte Studie „Demokratiebildung und politische Bildung in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit“ belegt, dass die Förderung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe als Grundanliegen bzw. als Dauerthema in allen

Feldern der Jugendarbeit angesehen wird und dort sowohl konzeptionell geplant, situativ anlassbezogen oder im Rahmen von „demokratisch bildenden Situationen“ stattfindet (S. 59 im Kinder- und Jugendbericht).

Auch mit Blick auf die Breite der jugendpastoralen Handlungsfelder¹ lässt sich feststellen, dass viele Bereiche der katholischen Jugend(verbands)arbeit politische Bildung nicht nur als Querschnittsaufgabe, sondern als immanentes und rechtlich verankertes Ziel (vgl. § 11 SGB VIII) verstanden werden kann. Zu diesen Handlungsfeldern zählen neben den Jugendverbänden auch die Jugendsozialarbeit, die Jugendbildungsstätten, die Freiwilligendienste, die Öffentliche Kinder- und Jugendarbeit, die Erziehungshilfen, die Internationale Jugendarbeit und die Politische Bildung. Doch vor dem Hintergrund der weitestgehenden Definition, die Demokratie als Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform betrachtet, lässt sich auch für die anderen jugendpastoralen Handlungsfelder, in denen sonst eher die Verkündigung im Mittelpunkt steht, die Notwendigkeit und das Potenzial für politische Bildung identifizieren.

Denn obwohl die Katholische Kirche selbst kaum demokratische Strukturen aufweist, bezieht sie deutlich Position für die Demokratie als Staatsform: „Jesus Christus, der Gekreuzigte und Auferstandene, beruft Menschen zur Freiheit. Die freiheitliche, rechtsstaatliche Demokratie mit ihrem unbedingten Respekt vor der Würde des Menschen und seinen unveräußerlichen Rechten bringt diesen Freiheitsimpuls des Evangeliums unter allen Staatsformen am deutlichsten zum Ausdruck“². Dem zugrunde liegt das Verständnis, dass eine Gesellschaft und deren politisches System den Menschen verpflichtet ist und deren freie Entfaltung fördern soll. Aus der Erkenntnis, dass Demokratie die beste Garantie

¹ Eine Übersicht findet sich auf www.jugendpastoral.de

² „Vertrauen in die Demokratie stärken. Ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland“, 2019, S. 27.

für die Wahrung von Freiheit, der Würde und der Rechte eines oder einer jeden Einzelnen ist, leiten die Kirchen ihre Pflicht ab, sich aktiv für die Demokratie einzusetzen.

Wie bereits beschrieben, braucht es für politische Bildung keine formalisierten Angebote (Seminare, Unterrichtseinheiten, etc.). Kontaktmöglichkeiten für politische Themen ergeben sich spontan in Gesprächen mit oder unter den Jugendlichen – auch in Kontexten, in denen der Fokus eigentlich auf anderen Themen oder Zielen liegt. Einfach, weil Politik alle Menschen betrifft. Auf Basis von Erfahrungen aus der Jugendverbandsarbeit konstatiert der Bericht, dass über kurz oder lang vermutlich alle Jugendgruppen zerfallen würden, beidene sich Mitglieder auf die reine passive Präsenz beschränken würden, da so keine Gemeinschaft entsteht (Seite 366). Freiwillige Gemeinschaften (und darunter zählen die allermeisten Jugendgruppen in der kirchlichen Jugendarbeit) beruhen stets auf gegenseitiger Anerkennung und Partizipation der Beteiligten (ebd.). Und überall dort, wo Entscheidungen nicht für Jugendliche getroffen werden, sondern mit ihnen zusammen (oder noch besser: von ihnen selber) üben junge Menschen demokratische Verhaltensweisen ein. Sie lernen zu diskutieren, sich ein Urteil zu bilden, Interessen auszuhandeln, gemeinsam um Kompromisse zu ringen. Politische Bildung findet auch dann statt, wenn die Verantwortlichen in der Jugendpastoral zu Vermittlerinnen und Vermittlern zwischen dem Politischen und jungen Menschen werden. Wenn sie scheinbar unpolitische Fragen und Probleme der Jugendlichen aufgreifen und in einen gesellschaftlichen bzw. politischen Kontext stellen. Wenn sie politische Lernprozesse erkennen, begleiten, ermöglichen und reflektieren. Wenn sie junge Menschen ermutigen, ihre Angelegenheiten nicht nur im Privaten, sondern auch in der Gesellschaft selber zu regeln.

Handlungsbedarf sieht der Kinder- und Jugendbericht an verschiedenen Stellen. So kritisiert die Sachverständigenkommission beispielsweise, dass die „Räume“ der politischen Bildung wenig vernetzt sind. Hier kann die katholische Jugend(verbands)arbeit auf eine große Ressource zurückgreifen: Die gemeinsame Zugehörigkeit zur Katholischen Kirche, die viele verschiedene Akteur*innen der politischen Bildung (Schulen, Verbände, Jugendbildungsstätten, Öffentliche Kinder- und Jugendarbeit usw.) unter einem

Dach zusammenführt. So scheint der Aufwand vergleichsweise gering ist, entsprechende Kooperationen auf- oder auszubauen, die bspw. durch die Verbindung von formalen, non-formalen und informellen Bildungsansätzen auch ein Mehrwert in der Qualität politischer Bildung einzelner Akteur*innen schaffen.

Zusammenfassend lässt sich noch einmal sagen, dass der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung nicht nur Potenziale für katholische Jugend(verbands)arbeit aufzeigt, sondern in seinem Verständnis von Demokratie und demokratischer Bildung auch diejenigen jugendpastoralen Handlungsfelder einlädt, politisch bildend aktiv zu werden, die diesen Auftrag nicht eh schon für sich als Ziel oder Querschnittsaufgabe benannt haben.

MARIE SCHWINNING



MARIE SCHWINNING

Marie Schwinning ist Referentin für Politische Bildung bei der AFJ. Nach dem Abitur studierte sie Germanistik und Sozialwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen mit dem Schwerpunkt Politikwissenschaften. Ihr beruflicher Werdegang führte sie nach dem Studium über die Pressestelle des Bistums Essen zur AKSB nach Bonn, wo sie als Koordinatorin für politische Bildung und Projekte tätig war. Seit 2015 ist sie in der afj als Referentin für die Themen Politische Bildung, Europa und Internationale Jugendarbeit zuständig.

ARBEITSSTELLE FÜR JUGENDSELSORGE DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ

Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf

schwinning@afj.de - Mail

Orte politischer Bildung: Der 16. Kinder- und Jugendbericht bestätigt die Bildungspotentiale der Freiwilligendienste

In jeder Legislaturperiode erhält eine renommierte Gruppe von unabhängigen Wissenschaftler*innen und Expert*innen den Auftrag, der Bundesregierung einen Bericht vorzulegen, der sowohl die Lebenssituation junger Menschen als auch die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland in den Blick nimmt. Nach Berichten, die den Fokus auf Gesundheitsfragen oder Schule legten, konzentriert sich der aktuelle 16. Kinder- und Jugendbericht auf die Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter – ein Thema, das auch die Freiwilligendienste betrifft. Es sind fast einhunderttausend insbesondere junge Menschen, die bundesweit jedes Jahr ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) oder einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) absolvieren.

Ein Freiwilligendienst ist ein Bildungs- und Orientierungsjahr mit dem Ziel, die Bereitschaft insbesondere junger Menschen für ein freiwilliges gesellschaftliches Engagement und die Übernahme von Verantwortung zu fördern. Dabei vermitteln die Freiwilligendienste durch den begleiteten Einsatz in der Einsatzstelle wertvolle Einblicke in ein Berufsfeld. Im Rahmen ihres Orientierungsjahres erfahren die Engagierten „Selbstwirksamkeit“ – die Überzeugung, auch schwierige Situationen und Herausforderungen aus eigener Kraft erfolgreich bewältigen zu können. Dies wird durch die demokratische Partizipation verstärkt: „Der pädagogische Erfolg des FSJ hängt entscheidend davon ab, inwiefern Freiwillige erfahren, dass ihr Engagement Wirkungen erzielt. Dies bedeutet den steten Einbezug ihrer Interessen und Bedürfnisse, die Beachtung ihrer Anregungen und Reaktionen – letztlich also die Gewährleistung von Teilhabe, Mitgestaltung und Mitbestimmung“, betont der Bundesarbeitskreis FSJ, in dem die verbandlichen Zentralstellen zusammengeschlossen ist, schon 2010 in seinen Qualitätsstandards.

Freiwilligendienste fordern gemeinwohlorientiertes Handeln

Wie die Sachverständigen im Kinder- und Jugendbericht des Bundes herausheben, sind Freiwilligendienste für junge Menschen ein wichtiger Ermöglichungsraum für politische Bildung. Die Wissenschaftler*innen fordern die Politik entsprechend dazu auf, weitere Plätze zu schaffen und zu finanzieren, wenn eine entsprechende Nachfrage wahrgenommen wird. Die Politik soll zudem Träger, also die Anbieter der Freiwilligendienste, dabei unterstützen, auch Freiwilligen mit Beeinträchtigungen sowie mit weniger erfolgreichen Bildungsbiographien einen Platz anzubieten. Ziel sei es, bisher schwer erreichbare Zielgruppen noch besser zu integrieren. Dabei müsse, so die wissenschaftliche Kommission weiter, nicht nur das Prinzip der Arbeitsmarktneutralität beachtet werden, sondern auch der Charakter von Freiwilligendiensten als freiwillige Lerndienste.



Freiwilligendienste, so betont die Kommission, fördern nicht nur gemeinwohlorientiertes Handeln – etwa bei der Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit einer Gemeinde –, sondern können auch dazu ermutigen, sich an politischen

Prozessen zu beteiligen. Die Expert*innen fordern entsprechend, die Beteiligungsrechte von Freiwilligen weiter auszubauen. Die Arbeit mit Sprecherinnen und Sprechern nimmt entsprechend bei vielen Trägern einen immer größeren Stellenwert ein. Es gibt viele Ansätze bei den Trägern: enge Zusammenarbeit mit jungen

1 <http://www.awo-jugendwerk-sachsen-anhalt.de/awowp/wp-content/uploads/2010/03/Mindeststandards-Paedagogische-Begleitung.pdf>

Engagierten, gemeinsame Gestaltung und Weiterentwicklung des Dienstes, Ausbau des Sprecher*innensystems. Damit können die Freiwilligen mehr Möglichkeiten der demokratischen Mitgestaltung im Raum des Freiwilligendienstes selbst erhalten.

Zentral für den Lerndienst sind 25 Seminartage, die das Freiwilligenjahr begleiten und gesetzlich für alle Freiwilligen unter 26 Jahren verpflichtend sind. Hoch umstritten in den Freiwilligendiensten ist die Frage, ob alle Seminare durch die Träger, also beispielsweise die BDKJ-Landesverbände, angeboten



werden können – wie im FSJ –, oder ob Angebote zur politischen Bildung durch Bildungszentren des Bundes durchgeführt werden müssen, wie im Bundesfreiwilligendienst verpflichtend. Der Kinder- und Jugendbericht weist hier auf fehlende wissenschaftliche Untersuchungen hin, betont aber, dass sich politische Bildung in den Freiwilligendiensten bei der Auswahl der Seminarthemen an den Interessenlagen und Erfahrungen der Freiwilligen sowie an ihrem Arbeitsalltag orientieren sollte. Dies setzen die Träger erfolgreich um. So erklärt Dirk Hennig, politischer Sprecher des FÖJ: „FÖJler*innen suchen sich in den Seminaren selbst ihre Themen aus und interessieren

sich besonders für Zukunftskonzepte, Lebensstile, Konsum, Ernährung, Tierethik usw. Das ist kein Biologieunterricht, sondern eine kontroverse Auseinandersetzung mit aktuellen Themen ihrer alltäglichen Lebenswirklichkeit.“² Politische Bildung der Träger im Sport fokussiert beispielsweise Themen wie Doping, Fairplay, Integration, Rassismus oder LGBTQ+-Ablehnung im Fußball, Chancen und Risiken sportlicher Großveranstaltungen, den Missbrauch des Leistungssports in der DDR, die politische Bedeutung von Sportvereinen oder Demokratieförderung durch junges Engagement. Die Nähe der Themen zum Arbeitsalltag und zu den Interessen der jungen Freiwilligen im Sport führt zu hochwirksamen Lerneffekten. Entsprechend fordern die

verbandlichen Anbieter der Freiwilligendienste anlässlich der Bundestagswahl 2021: „Um dem Subsidiaritätsprinzip gerecht zu werden und die pädagogische Begleitung aus einer Hand zu gestalten, müssen den Trägern und verbandlichen Zentralstellen auch im Bundesfreiwilligendienst die Kompetenzen für die politische Bildungsarbeit vollumfänglich übertragen werden.“³

Insbesondere über die Projektarbeit, die bei vielen Trägern einen wichtigen Pfeiler ihrer Arbeit bildet, wird gesichert, dass die Freiwilligen auch in den Einsatzstellen ihren besonderen Interessen folgen können. Auch sonst ergeben sich in den Einsatzstellen vielfältige Impulse, sich mit Fragen des Gemeinwohls, gesellschaftlicher Zusammenhänge, sozialer Ungleichheit oder Mitbestimmungsgelegenheiten auseinanderzusetzen. Es ist eine wichtige Aufgabe der pädagogischen Fachkräfte des Trägers, hier Einsatzstellen und Freiwillige zu begleiten und über Reflexionsangebote weitere Einblicke zu bieten. Der Kinder- und Jugendbericht zeigt nämlich auf, dass es gerade das Wechselspiel von Engagement und angeleiteter Reflexion ist, das politische Bildung begünstigt – die seit sechzig Jahren erfolgreichen Jugendfreiwilligendienste sind hier ganz modern.

DR. JAANA EICHHORN

³ https://pro-fsj.de/sites/default/files/uploads/freiwilligendienstetaekn_bakfsj_2021.pdf



DR. JAANA EICHHORN

Studium der Geschichte, Politikwissenschaften und Germanistik in Freiburg i.Br. und Dublin, Promotion Leitung des Bundestutorats Freiwilligendienste im Sport bei der Deutschen Sportjugend, Sprecherin des Bundesarbeitskreises Freiwilliges Soziales Jahr

Interessenschwerpunkte: Partizipation, Engagement, politische Bildung sowie Bewegungsförderung

DEUTSCHE SPORTJUGEND (DSJ)

Otto-Fleck-Schneise 12
60528 Frankfurt
eichhorn@dsj.de

² <https://www.laendlicher-raum.info/ausgefragt-macherinnen-im-gespraech/foej-und-politische-bildung-auf-dem-land/>

Wir müssen, wir können, wir fordern!

Dezember 2018: Überall in ganz Deutschland vernetzen sich junge Menschen und planen Demonstrationen, oft zum ersten Mal in ihrem Leben. Das gesamte folgende Jahr ist geprägt von der Bewegung, die damals losgetreten wurde – junge Menschen, Schüler*innen, die auf die Straße gehen und so laut wie noch nie zuvor Forderungen an eine Politik formulieren, von der sie zu lange ignoriert wurden. Fridays For Future war ein nicht vorgesehenes Phänomen in unserem politischen System, das bis dato über einen simplen, ungeschriebenen Generationenvertrag funktionierte: Während die jungen Menschen sich um ihre Ausbildung und Arbeit kümmern und so für die ältere Generation sorgen, verwaltet ebendiese ältere Generation politische Entscheidungsprozesse und übergibt der jüngeren Generation daraufhin eine intakte Welt. Durch den fehlenden Umgang mit der Klimakrise wurde dieser Vertrag gebrochen und junge Menschen waren gezwungen sich vermehrt und aktiv mit Politik auseinanderzusetzen: Sie waren betroffen, und zwar in ganz anderer Weise als die herrschende Generation. Und deswegen wurden sie wütend, deswegen gingen sie auf die Straße.

In einer Gesellschaft, die Jugendlichen kontinuierlich Kompetenz, zumindest im politischen Bereich, abspricht, war das erschütternd: Plötzlich befanden sich junge Menschen in Talkshows, auf der Straße, in Diskussionen. Sie argumentierten, forderten und waren wütend. Das ist für Jugendliche normal, sogar erwartbar, jedoch am Esstisch und nicht auf Podien. Diese Generation ist nicht klüger, wütender oder interessierter als vorangegangene Generationen, sie ist nur mit der Notwendigkeit konfrontiert sich politisch Raum zu verschaffen – und daraufhin mit der Verantwortung diesem Raum gerecht zu werden. Wir waren plötzlich gezwungen uns politisch über den Schulstoff hinaus zu bilden, denn zum ersten Mal wurde uns auch zugehört. Jungen Menschen wurde oft vorgeworfen, sie würden sich nicht für Politik interessieren, deswegen könne man ihnen auch keine politische Verantwortung anvertrauen. Die gegenteilige Kausalität ist jedoch der Fall: Weil junge Menschen keine politische Verantwortung anvertraut wird, interessieren sie sich nicht für Politik. Und diese Dynamik wurde von FFF ein Stück weit aufgebrochen. Denn auch wenn systemisch immer noch keine Partizipation vorgesehen war, so war zumindest der Raum da, sich außerparlamentarisch zu

engagieren. Über zwei Jahre hinweg ist FFF zu einem wichtigen politischen Player geworden, hat die größten Demos der letzten Jahrzehnte auf die Beine gestellt und den gesellschaftlichen Fokus nachhaltig verändert. Das alles durch das Wirken von jungen Menschen. Innerhalb dieser Bewegung haben sich junge Menschen weitergebildet, gelernt Debatten zu führen und sich zu organisieren – und das alles neben der Schule. Die inhärente Ungerechtigkeit der Klimakrise hat Jugendliche in eine Handlungsposition gezwungen, aus derer heraus sie ihre Fähigkeiten und ihren Willen zur politischen Mitgestaltung beweisen konnten. Dabei haben sie die Grenzen des Systems ausgeweitet und jetzt wäre die Zeit das System zu verändern. Dazu gehört mehr politische Bildung an Schulen, um Politik für alle zugänglich zu machen und somit Grundlagen für Interesse und Engagement zu schaffen. Aber auch eine Herabsetzung des Wahlalters ist ein wesentlicher Bestandteil für die Partizipation Jugendlicher. Denn die Jugend hat bewiesen, dass sie einer derartigen Verantwortung gerecht werden kann. Jetzt muss ihr diese Verantwortung nur noch übertragen werden. **EVA METZ**



EVA METZ

Eva Metz ist 16 Jahre alt (Geboren 2004) und besucht die Oberstufe des Werner-von-Siemens Gymnasium in München. Seit zwei Jahren organisiert sie als Aktivistin bei Fridays For Future Demonstrationen für mehr Klimaschutz. Dabei kümmert sie sich vorrangig um Gesamtkoordination, sowie Presse- und Kampagnenarbeit.

FRIDAYS FOR FUTURE MÜNCHEN

muenchen@fridaysforfuture.is



Da geht's lang

Es ist viel passiert, es wird noch viel passieren – daher ist ein guter Plan wichtig. Wenn man dann mal ein bisschen Orientierung braucht oder einfach ein wenig Zeit für sich selbst nötig ist, dann ist ein Freiwilligendienst eine sehr gute Sache... ►



So haben sich Anna und Julian, beide 19 Jahre alt und aus der Nähe von Traunstein, für ein FÖJ entschieden. Die beiden engagierten Freiwilligen, beide sehr musikalisch, sind am Campus St. Michael in Traunstein tätig. Dieser stellt heute schon die Weichen für eine enkeltaugliche Zukunft, der Schwerpunkt liegt dabei auf den Themen Nachhaltigkeit und Persönlichkeitsentwicklung.

Dies war auch der Grund, warum die beiden Freiwilligen an diese Einsatzstelle wollten. Bei Anna lag Nachhaltigkeit und Ökologie schon mit in der Wiege, die Eltern haben eine Bio-Landwirtschaft. Das prägte ihr Leben von Anfang an – regional und saisonal als Selbstverständlichkeit. Bei Julian kam das Thema Ökologie im Laufe seiner Kindheit immer stärker in der Vordergrund, durch die Familie, die Schule und sein Interesse an nachhaltiger Architektur. 2018 besuchte er das Festival der Utopie auf dem Campus und dort wurde seine Begeisterung für Bauen mit Lehm geweckt. Wusste er nach der Matura, die er in Salzburg am Musischen Gymnasium absolvierte, noch nicht genau, was er studieren will, so hat sich dies im Laufe des FÖJ herauskristallisiert – Architektur mit dem Fokus auf nachhaltigem Bauen.



Rundherum wird es bald wachsen - Anna bei ihrem Lieblingsprojekt

Anna wird im Herbst nach Freising ziehen und dort Landschaftsbau und Management studieren. Auch sie war sich nach der Schule nicht sicher, erst in der täglichen Arbeit an der Einsatzstelle hat sie Klarheit bekommen. Der Freiwilligendienst als Bildungs- und Orientierungsjahr – bei beiden ein Volltreffer.

Was denn das Beste an ihrem Freiwilligendienst war, darauf haben beide eine klare Antwort. Für Julian stellte sich die Begleitung der Campus-Baustelle als Highlight dar. Auf den ersten Blick zwar nicht typisch FÖJ, doch zwei der Neubauten werden in Holzbauweise sein und die dritte noch dazu ein Pionierprojekt, der erste selbsttragende Stampflehmbau in Deutschland.

Für Anna war ihr eigenes Projekt „Kräuterspirale“ das Schönste: In komplett

eigener Verantwortung den ganzen Bereich gestalten und pflanzen. Angefangen bei der Auswahl der richtigen Pflanzen wie Zitronenmelisse, Minze, Johanniskraut usw., über das Substrat bis hin zur kreativen Anordnung. Kein Wunder, dass der Landschaftsbau zum Berufswunsch wurde.

Auch wenn das FÖJ großen Spaß gemacht hat, so gab es da doch noch die Blühflächen – größer als Fußballfelder und Arbeit ohne Ende. Nach jeder Mahd mehr als eine Woche Arbeit – richtig Freude kam dabei nicht auf. Einen typischen Arbeitstag hatten die beiden nicht, zu mannigfaltig waren die Aufgaben: Das Pflanzen des Insektengartens – Sträucher schneiden, ausgeizen, Totholzhecke richten, die regelmäßigen Baustellenbesprechungen, das Helfen bei der Solidarischen Landwirtschaft Chiemgau. Routine gab es immer mittags, wenn das Essen für den benachbarten Kindergarten St. Oswald ausgefahren werden musste.



Julian auf der Baustelle

Bei der Frage „Die Welt in 50 Jahren“ werden beide nachdenklich. Große Hoffnung haben sie nicht, denken eher pessimistisch. Sie fordern von der Politik, endlich Klartext zu reden, Taten mit Auswirkungen folgen zu lassen und die Verantwortung zu übernehmen – das BGH-Urteil zum Klimaschutzgesetz zeigt die Mängel deutlich auf. Aber der Wirtschaftslobbyismus sei zu dominant, das System lasse Aufstieg nur über die Aufgabe von Prinzipien zu. Anders sei nicht zu erklären, dass sich einige Parlamentarier durch Korruption selbst an einer Pandemie noch bereichern. Das eigene Wohl ist näher als das der Gemeinschaft – egoistische Kurzfristigkeit vor altruistischer Zukunftsorientierung.

Wenn Julian sich etwas wünschen dürfte, dann wäre dies eine Gemeinwohlökonomie - Betriebe, die die Gemeinschaft und die Mitwelt stärken, werden durch Entlastungen belohnt und erhalten dadurch einen Wettbewerbsvorteil, wer sie schädigt, muss mehr Abgaben leisten. Detailliert und mit viel Hintergrundwissen führt er dabei die bestehenden Systemnachteile aus. Anna nimmt bei ihrem Wunsch den Menschen selbst in den Fokus. Sie wünscht sich Einsicht und Erkennen, dass es eine Änderung zum Guten bedarf. Durch diese Verinnerlichung würden dem Wissen dann endlich Taten folgen. **CHRISTOPH SCHREIBER**



Die Mahd der Blühwiesen...

MAL LAUT GEDACHT

Ein kleines Wort – mit großer Bedeutung

Bildung. Ein kurzes Wort. Schnell ausgesprochen. Doch was genau verbirgt sich dahinter?

Je mehr ich darüber nachdenke, umso schwerer fällt mir eine klare Definition. Wird darunter verstanden, mit Fakten zu glänzen? Oder meint es doch eher die Aneignung von Fähigkeiten allgemein? Eigenständig und selbstbestimmt durch's Leben zu gehen, sich mit diversen Lebenswelten auseinanderzusetzen, eigene Werte zu entwickeln sowie dafür einzustehen?

Ganz ehrlich – ich weiß es nicht. Ich denke, die Mischung macht's. Es ist eine Lebensaufgabe, bei der mal der eine, mal der andere Aspekt mehr Beachtung findet.

Was ich aber ganz sicher weiß, ist, dass wir in der Jugendarbeit einen großen Beitrag dazu leisten können, gebildete Jugendliche und junge Erwachsene in die weite Welt zu schicken. Bildung ist ein Menschenrecht, das durch unsere Arbeit ein Stück mehr vom Privileg zum Grundrecht werden kann – darüber bin ich froh!

Und ich bin stolz, daran mitarbeiten zu dürfen. **MELANIE WEIKERT**

Wahlen - Wahlen - Wahlen

Personelle Veränderungen an der Spitze der katholischen Jugend(verbands)arbeit in Bayern

BDKJ-Landesversammlung und Konferenz für Katholische Jugendarbeit in Bayern wieder mit komplettem Leitungsteam

Traditionell steht das erste Wochenende im Juli im Zeichen der Konferenz für katholische Jugendarbeit in Bayern und der BDKJ-Landesversammlung. Auf Grund der aktuellen Lage wurde auf eine Präsenzveranstaltung verzichtet und eine hybride Form gewählt. Mit Unterstützung vom DIGIV-Team war das Wochenende nicht nur technisch ein voller Erfolg, sondern vor allem inhaltlich, wie die folgenden Berichte zeigen.

Einen großen Raum nahmen aber auch die Wahlen ein, nachdem zwei Stellen im Landesvorstand vakant wurden und turnusgemäß der erweiterte Landesvorstand gewählt werden musste.

Erste Frau zur Geistlichen Leiterin gewählt

Die BDKJ Landesversammlung hat Maria-Theresia Kölbl zur neuen Geistlichen Leiterin des BDKJ Bayern gewählt. Gleichzeitig wurde sie von der Konferenz für Katholische Jugendarbeit in Bayern zur neuen Vorsitzenden der Landesstelle für katholische Jugendarbeit in Bayern gewählt.

Die 30-jährige ist seit über 15 Jahren in der katholischen Verbandsarbeit aktiv, angefangen als Ministrantin in der Expositur

Scheuer, später vor allem in der J-GCL und KJG. Seit 2019 ist sie Pastoralreferentin der Pfarrei St. Anton in Regensburg.

„Für mich steht die Jugendpastoral im Zentrum meiner Arbeit. Ich will sie so mitgestalten, dass junge Menschen den Glauben selbst erfahren können, indem sie spüren, dass Glaube bei ihren Lebensfragen eine hohe Relevanz hat. Es ist faszinierend, wie aus dem gemeinsamen Glauben auch gemeinsame Verantwortung erwächst“, zeigt Maria-Theresia Kölbl auf.

„Die Begleitung junger Menschen als Seelsorgerin erfüllt mich und gleich-

zeitig möchte ich mich dafür einsetzen, dass die Bedingungen für Jugendarbeit stimmen und wir der Jugend eine gemeinsame Stimme in Kirche, Gesellschaft und Politik geben können“, erklärt Maria-Theresia Kölbl.

Neue BDKJ-Landesvorsitzende

Neu ins Leitungsteam wurde auch Sarah Lehner gewählt. Die 1996 in Weiden i.d.O geborene kam über die

Marianische Kongregation und der Maltester Jugend immer wieder mit dem BDKJ in Berührung und übernahm verschiedene Ehrenämter, auch in Leitungsposition. Im Herbst schließt sie ihren Master der Forst- und Holzwissenschaft der TU München ab.

„Christliche Werte, die mir wichtig sind, sind unter anderem Nächstenliebe, Gerechtigkeit, aber auch Erhalt der Schöpfung. Diese müssen aktiv in den Jugendverbänden gelebt werden. Außerdem ist mir eine Herzensangelegenheit bei allen strengen Zeitplänen und Anforderungen

der katholischen Spiritualität Raum zu geben“ fasst Sarah Lehner, neue BDKJ-Landesvorsitzende, zusammen.

Herzlichen Glückwunsch
zur Wahl!

„Gerade im Bereich der Demokratiebildung haben die Jugendverbänden eine wichtige Rolle. Junge Menschen können dort aktiv gelebte Demokratie erfahren. Dies ist nicht nur ein immens wichtiger Beitrag für eine gelingende Gesellschaft, sondern auch ein großer Beitrag für die Persönlichkeitsentwicklung. Dafür werde ich mich immer einsetzen“, so Sarah Lehner.

Auch BDKJ-Landesvorsitzender Daniel Köberle hat ein neues Amt, die Konferenz für Katholische Jugendarbeit in Bayern hat ihn zum neuen Geschäftsführenden Leiter der Landesstelle für Katholische Jugendarbeit in Bayern gewählt.

Der gebürtige Kemptener ist seit 2016 BDKJ-Landesvorsitzender und Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der Landesstelle. Daher war die Wahl der logische Schritt, da er die Leitung seit mehreren Monaten Interims bereits innehat.

„Das Vertrauen der Konferenz und die Erweiterungen meiner Verantwortungen in der katholischen Jugendarbeit in Bayern freut mich sehr. Um die Zukunft der Jugendarbeit zu sichern braucht es verlässliche und langfristig strategische Überlegungen.

Ich werde mich nun in meinem erweiterten Verantwortungsfeld für sichere Rahmenbedingungen einsetzen. Darüber hinaus werde ich die Geschäftsstelle und ihre Mitarbeiter*innen stärken“, zeigt Daniel Köberle klar seine Agenda auf.

Für den erweiterten Landesvorstand wurden drei Personen gewählt, die vierte Stelle bleibt vakant. Neu in diesem Gremium ist Melanie Weikert von der LAG JGCL und KSJ. Sie tritt die Nachfolge von Eva Schubert (LAG JGCL und KSJ) an, die ebenso wie Maria Stöckl (KLJB Bayern) nicht mehr für eine weitere Wahlperiode zur Verfügung stand. Wiedergewählt wurde Michael Kral von der KJG LAG Bayern und Florian Hörlein vom BDKJ Bamberg.

Der BDKJ Bayern und die Landesstelle für Katholische Jugendarbeit in Bayern gratulieren allen herzlich zur Wahl.

CHRISTOPH SCHREIBER

Sarah Lehner (links) und Maria-Theresia Kölbl (rechts) wurden gewählt.



Katholische Jugendarbeit benötigt dringend nachhaltige Finanzierung!



Konferenz für katholische Jugendarbeit in Bayern tagt digital und diskutiert über die finanzielle Ausgestaltung der Jugendarbeit in Bayern

Anfang Juli tagte die Konferenz für Katholische Jugendarbeit in Bayern mit rund 20 Delegierten der (Erz-)Bischöflichen Jugendämtern, Diözesan- und Jugendverbänden um nicht nur den Arbeitsbericht der Geschäftsführenden Leitung entgegenzunehmen, sondern vor allem darüber zu sprechen, was getan werden muss, damit Jugendarbeit langfristig und nachhaltig finanziert wird.

„Die Finanzierungssituation ist schwierig und die Zuschussgeber entscheiden von Jahr zu Jahr neu. Diese Planungsunsicherheit erschwert eine zielführende und zukunftsorientierte Arbeit. Es drängt sich immer wieder das Gefühl auf am ausgestreckten Arm zu verhungern. Hier brauchen wir veränderte, tragfähige Finanzierungsstrukturen“ bringt Daniel Köberle, BDKJ-Landesvorsitzender und Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands, die Situation auf den Punkt.

„Wir möchten erreichen, dass das Rasenmäherprinzip bei den Kürzungen ein Ende findet und die bayerischen Bischöfe inhaltliche Schwerpunkte setzen und so die dringend notwendige Jugendarbeit in der Priorität nach oben setzen. Wir werden hier ganz konkret auf die Entscheidungsträger zugehen und das Gespräch suchen“, ergänzt Juli Mokry, Beauftragte für die Landjugendseelsorge in Bayern und Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands.

CHRISTOPH SCHREIBER

Synodaler Weg und Strukturdiskussion

Die geschlechtergetrennten Konferenzen des BDKJ Bayern tagen im Vorfeld der BDKJ-Landesversammlung

Beim BDKJ Bayern gehören die geschlechtergetrennten Konferenzen traditionell zum Versammlungswochenende, pandemiebedingt fanden sie online im Vorfeld statt. Bei der BDKJ-Landesfrauenkonferenz stand der Synodale Weg im Mittelpunkt, bei der BDKJ-Landesmännerkonferenz eine Strukturdiskussion zur Geschlechtergerechtigkeit in Leitungspositionen.

Den Studienteil der Landesfrauenkonferenz leitete Daniela Ordowski, KLJB-Bundvorsitzende und Synodale des seit 2020 gestarteten Synodalen Weges. Sie berichtete der BDKJ-Landesfrauenkonferenz von ihren Erfahrungen und ihre Mitarbeit im Forum „Frauen in Diensten und Ämtern der Kirche“. Der Gesamtprozess ist Corona bedingt bis 2023 verlängert. Daniela Ordowski gehört zu

den 15 jungen Menschen unter 30 Jahren, für die sich der BDKJ stark gemacht hat, damit die Stimmen der Jungen auch den synodalen Weg mitgestalten.

Das Forum „Frauen in Diensten und Ämtern der Kirche“ ist eines von vier Foren, die kritische Themen der Kirche behandeln. In den Foren arbeiten sowohl Synodale als auch berufene

Personen mit, die unterschiedlichen Gruppierungen angehören, Laien*, Priester*, Bischöfe*, Wissenschaftler*innen.

Erschwert wurde die Zusammenarbeit, dass es keine Arbeitsstruktur oder Zielvereinbarung gab. Daher lag der erste Schritt darin eine Arbeitsstruktur zu schaffen und eine Gesprächs- und Dialogkultur zu entwickeln, Ziele fest-

die Notwendigkeit eines Monitorings formuliert, damit es nicht bei Forderungen und Absichtserklärungen bleibt.

Es ist wichtig, dass die Öffentlichkeit die Arbeit des Synodalen Weges aufmerksam und kritisch verfolgt und auf die Umsetzung von den jeweiligen, zuständigen Ortsbischöfen drängt. Nach Einschätzung von Daniela Ordowski braucht es

immer wieder die Bischöfe zu ermutigen den Weg in die Zukunft zu gehen und keine Angst vor Veränderung zu haben.

Bei der Landesmännerkonferenz stand die Frage im Raum, wie Geschlechtergerechtigkeit in Zukunft beim BDKJ Bayern in den eigenen Strukturen aussehen kann. Vor allem wurde darüber diskutiert, wie damit umgegangen werden soll, wenn es auf Grund formaler Vorgaben zu einer Unterrepräsentanz eines Geschlechts in Leitungspositionen kommen sollte. Gleichzeitig wird diskutiert, welche Themen einen geschlechterspezifischen Blick nötig machen und welche geschlechtsneutral für sich stehen. Die anwesenden Männer berichten hier sehr divers aus ihren eigenen Erfahrungen. Konsens bei aller Diskussion ist und bleibt, dass die Parität als ausgesprochen wichtig angesehen wird.

„Die Landesmännerkonferenz wünscht sich, dass die Geschlechter gleichberechtigt repräsentiert sind. Wir wollen keine Verstärkung der verschiedenen Ämter an ein bestimmtes Geschlecht“ fasst Michael Kral, KJG LAG Bayern und Mitglied im erweiterten Landesvorstand, den Stand der Diskussion zusammen.

CHRISTOPH SCHREIBER



zulegen und arbeitsfähig zu werden. Darüber hinaus ist die Sprache stark theologisch ausgerichtet. Auch gibt es inhaltliche Stolpersteine wie die Christusrepräsentanz und die Geschlechteranthropologie. Als Hauptziel hat das Forum die Geschlechtergerechtigkeit in Kirche identifiziert. Dabei geht es in den Teilzielen u.a. darum zu analysieren, was heute schon kirchenrechtlich möglich ist, den Zugang zu den Weiheämtern für alle zu ermöglichen und hier theologische, anthropologische, gesellschaftliche und erfahrungsbezogene Argumente zu nennen, um diese Forderung an den Vatikan weitergeben zu können. Schließlich hat das Forum

viel Mut, da immer wieder auch Angst spürbar wird, Angst vor Veränderung in der Kirche und ihrer Strukturen. Dies zeigt sich immer wieder. Frauen stehen als Symbol, ob Änderungen möglich sind.

Die jungen Synodalen arbeiten in unterschiedlichen Foren mit und sind inhaltlich und persönlich gut vernetzt. Dies sei auch notwendig und wichtig, da es viele Anfeindungen gäbe, besonders im Netz gibt. Diese gehen bis hin zu Morddrohungen. Der kollegiale Austausch, die gemeinsame Fortbildung sei wichtig, um engagiert den Synodalen Weg mitzugestalten. Wichtig ist es nach Einschätzung von Daniela Ordowski

Jugend braucht mehr Aufmerksamkeit

Staatsministerin Carolina Trautner im Gespräch mit Delegierten der Katholischen Jugend in Bayern



Frau Staatsministerin Carolina Trautner (Bildmitte) im Kreis des BDKJ-Landesvorstands und des GVL (v.l.: Maria Stöckl, Florian Hörlein, Julia Mokry, Maria-Theresia Kölbl, Michael Kral, Sarah Lehner, Eva Schubert, Daniel Köberle)

Die BDKJ-Landesversammlung und die Konferenz für Katholische Jugendarbeit in Bayern begrüßte Anfang Juli Carolina Trautner, Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, als Gast zum jugendpolitischen Gespräch mit dem Thema „Risikogruppe Jugend!? – Jugend und Jugendarbeit in der Pandemie und danach“.

Die Qualität und Bedeutung von Jugendarbeit werden besonders in Zeiten der Krise, wie derzeit durch die COVID19-Pandemie, sichtbar und bedeutsam. Vom Einkaufsservice für Senior*innen über digitale spirituelle Angebote bis hin zu Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche, während der Schulferien sowie digitale Verbandsarbeit reichen die positiven Beispiele.

Gleichzeitig war diese Krise eine Zeit, in der junge Menschen mit ihren Bedürfnissen in der öffentlichen Wahrnehmung nur wenig Aufmerksamkeit erfuhren. Junge Menschen sind mehr als nur Schüler*innen

ihre Entwicklungsaufgaben bewältigen. In diesem Prozess brauchen jungen Menschen Ansprechpersonen, Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten, die es auch in Zeiten der Corona-Krise bereitzustellen gilt.

Die bayerische Jugendministerin Carolina Trautner bekräftigt: „Corona hat insbesondere Kinder und Jugendliche massiv belastet. Mit unserem Unterstützungskonzept für Kinder und Jugendliche in der Corona-Pandemie haben wir hierauf reagiert. Schon seit einigen Monaten ist mein Kontakt zu Jugendlichen besonders intensiv. Denn für mich sind Gespräche mit jungen Menschen der beste Weg, um zu guten Lösungen zu kommen. Es ist mir wichtig, dass wir ihnen zuhören und sie in unsere Entscheidungen einbinden.“

„Wir werben immer dafür MIT, anstatt ÜBER Jugendliche zu sprechen. Daher freuen wir uns im Gespräch mit Frau Staatsministerin Trautner zu sein. Für uns steht dabei die Frage im Mittelpunkt, wie

im Homeschooling und keine vermeintlichen Regelbrecher*innen, wenngleich in der medialen Berichterstattung das häufig der Fokus ist. Junge Menschen mussten in den letzten Monaten unter besonders schwierigen Voraussetzungen

eine starke Jugendpolitik für die Jugendarbeit in Bayern aussehen kann. Die Delegierten konnten in einer offenen und vertrauensvollen Gesprächsrunde die Anliegen junger Menschen deutlich zum Ausdruck bringen“, fasst Daniel Köberle, BDKJ-Landesvorsitzender zusammen.

Unter anderem fordert der BDKJ Bayern in seinem Beschluss des Frühjahrs:

- ▶ Digitale Teilhabe junger Menschen muss unabhängig von sozialen und örtlichen Gegebenheiten ermöglicht werden: Sämtliche Maßnahmen müssen dabei sowohl die Teilhabe an digitalen Entwicklungen als auch die Befähigung zum reflektierten Umgang damit zum Ziel haben.
- ▶ Ein „Jugend-Check“ zur Evaluation politischer Maßnahmen: Zukunftschancen junger Menschen müssen gestärkt werden. Es muss jungen Menschen ermöglicht werden, ihre Pläne zu verwirklichen und Räume zur Entwicklung eröffnet werden.
- ▶ Vor Ort müssen Kommunen ihrer Pflichtaufgabe, Jugendarbeit zu fördern und finanziell auszustatten, erfüllen. Jugendarbeit muss als demokratischer, politischer und systemrelevanter Lernort weiter anerkannt bleiben.

CHRISTOPH SCHREIBER

Bayern muss stärker auf die Jugend zugehen

„Stärkung der Jugendbeteiligung in Bayern“ — BDKJ Bayern fordert in Anhörung im Sozialausschuss des Bayerischen Landtags die Wahlalterabsenkung



Im Sozialausschuss des Bayerischen Landtags sprach sich Daniel Köberle, BDKJ-Landesvorsitzender, — zusammen mit Vertreter*innen weiterer Jugendorganisationen wie z.B. des Bayerischen Jugendrings — für eine stärkere Jugendbeteiligung in Bayern aus. „Zu den stärksten Formen der Beteiligung gehört die Ausübung des Wahlrechts. Es ist höchste Zeit, dass sich auch jüngere Menschen an Wahlen beteiligen dürfen. Insbesondere die Wahlalterabsenkung auf 16 Jahre auf Kommunalebene ist ein längst überfälliger Schritt“, so Daniel Köberle im Rahmen der Anhörung „Stärkung der Jugendbeteiligung in Bayern“.

Bereits in elf von 16 Bundesländern ist es jungen Menschen gestattet ab 16

Jahren bei den jeweiligen Kommunalwahlen das aktive Wahlrecht auszuüben.

„Bayern ist ein modernes Bundesland. Daher wird es Zeit, dass Bayern in der Frage des Kommunalwahlrechts für 16jährige auf der Höhe der Zeit ist: Gerade der politische Nahbereich der eigenen Kommune — sowohl im ländlichen Raum als auch in Großstädten - sollte von jungen Menschen mitgestaltet werden können. So sind die Fragen nach der Gestaltung von öffentlichen Plätzen, kulturellen Angeboten oder dem öffentlichen Personennahverkehr für junge Menschen besonders interessant. Deswegen wird es Zeit, sie an diesen Fragestellungen durch die Teilnahme an den Kommunalwahlen zu beteiligen“ so Daniel Köberle weiter.

Der BDKJ Bayern setzt sich seit vielen Jahren für die aktive Beteiligung junger Menschen ein. Ein wesentliches Mittel für eine generationengerechte Gestaltung von gesellschaftlichen und politischen Prozessen sieht der Dachverband der katholischen Jugendverbände in der Mitbestimmung bei Wahlen und einer dementsprechenden Absenkung des Wahlalters. Es darf nicht sein, dass nur für und über junge Menschen entschieden wird. Stattdessen muss mit ihnen entschieden werden. Damit würden im politischen Betrieb bei Fragen nach Sinn und Nachhaltigkeit automatisch die kommende Generation berücksichtigt werden.

„Die Jugend wünscht sich mehr Entscheidungs- und Beteiligungsrechte. Sie weiterhin von dieser direktesten Form politischer Partizipation auszuschließen, dürfen wir uns als Gesellschaft nicht erlauben“, schließt Daniel Köberle.

CHRISTOPH SCHREIBER

FÖJ hinterlässt Spuren

25 Jahre Freiwilliges Ökologisches Jahr in Bayern

„Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“, dachten sich die Einsatzstellen des Freiwilligen Ökologischen Jahres und holten ihr 25-jähriges Jubiläum nach.



Staatsminister Thorsten Glauber (vorne links) eingerahmt von den beiden Landtagsabgeordneten Ruth Müller (links im Bild) sowie Barbara Becker (rechts im Bild) beim Jubiläum im Kreis von FÖJler*innen

Die Freiwilligen des Jubiläumjahrs 2020 bis 2021 luden Umweltminister Thorsten Glauber sowie die Landtagsabgeordneten Barbara Becker (CSU) und Ruth Müller (SPD) zu einem „Speeddating“ ein. In kleinen Gesprächsrunden berichteten sie über ihre Erfahrungen im FÖJ und darüber, welche Spuren ihr Engagement für sie persönlich, für die Umwelt und für die Gesellschaft hinterlässt.

Am 1. September 1995 starteten erstmals 64 junge Menschen in den Einsatzstellen des Freiwilligen Ökologischen Jahres. Heute sind es etwa 200 Freiwillige, die sich ein Jahr lang in Trägerschaft der Jugendorganisation Bund Naturschutz (JBN), der Evangelischen Jugend in Bayern (EJB) und dem

meln kann.“ Keiner macht das Freiwillige Jahr wegen Geld, sondern aus Leidenschaft.

Die Jugendlichen bekommen ein Taschengeld in Höhe von 180 Euro. Damit kann man gut auskommen, wenn man bei den Eltern lebt oder die Einrichtung Unterkunft und Verpflegung stellt. Das ist aber nicht überall der Fall, dann bekommen sie 680 Euro. „Das reicht aber nicht“, sagt Sarah. Wenn man in München oder in einer anderen Stadt lebt und eine Wohnung oder ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft sucht, brauche es mehr Geld. Die Freiwilligen fordern eine Anpassung. Für den Anfang wäre eine Erhöhung von 200 Euro ausreichend. Und bescheiden, wie die jungen Menschen sind, würde es nach ihrer Meinung reichen,

Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) für Ökologie und Umweltschutz engagieren. Hannes zum Beispiel, er arbeitet in einer Umwelteinrichtung im Allgäu: „Nach der Schule wusste ich gar nicht, was ich machen soll. Das FÖJ hat mir geholfen, Klarheit zu gewinnen und es macht Spaß, etwas Sinnvolles zu tun.“ Für Sarah aus Tutzing lohnt sich auf jeden Fall so ein Jahr. „Das FÖJ ist ein Privileg, weil man neue Erfahrungen sammeln kann.“

wenn man dafür einen Antrag stellen könne. Das Geld müsse allerdings unbürokratisch und schnell ausgezahlt werden.

Mit einer weiteren Forderung konfrontieren die jungen Engagierten die Politiker: „Freie Fahrt für das FÖJ!“ Wer bei der Bundeswehr seinen Dienst macht, kann in Uniform kostenfrei mit der Bahn durch Deutschland fahren. „Wir engagieren uns freiwillig und bekommen nicht mal das Geld, um zur Arbeit zu fahren“, sagt Sarah. Das sei ungerecht. Und Hannes fügt hinzu: „Wenn ich aus dem Allgäu zu meinen Eltern nach Norddeutschland fahre, sprengt das meinen Verfügungsrahmen.“ Die Mindestforderung heißt: Freie Fahrt zur Arbeitsstelle. In der nächsten Stufe soll die Fahrt im ÖPV und später bayernweit - auch in allen Zügen der Bahn - möglich sein.

Umweltminister Glauber verspricht, diese Forderungen nach einer besseren Kostenausstattung und nach einem freien Ticket mit ins Ministerium zu nehmen. Die Jugendlichen schenken ihm zum Abschluss symbolisch einen Frosch, das Logo des Freiwilligen Ökologischen Jahres. Damit solle er sich auch in 25 Jahren an das FÖJ erinnern. Thorsten Glauber bedankt sich bei allen Engagierten im FÖJ. An die Einsatzstellen gerichtet sagt er: „Ich bin froh, dass sie die jungen Menschen während der Pandemie nicht vom Radar verloren haben, sondern dass alle gemeinsam weitere Spuren gelegt haben.“

CHRISTINA FREY-SCHOLZ

Politik-Tag – CAJ Bayern fragt nach!



Welche Partei bekommt unser „Machtvolles Kreuz“ bei der Bundestagswahl?

Dieser Frage gingen wir an unserem Politik-Tag am 31.07.2021 auf den Grund, in dem wir vier Politiker*innen zu einer Fragerunde nach München einluden. Die Veranstaltung war der Höhepunkt unseres vom BJR geförderten Projektes „#machtvollaskreuz2.0“, das unter anderem zum Wählen bei der Bundestagswahl aufrufen soll, aber auch dabei helfen soll, einen Überblick über die Schwerpunkte der Parteien zu bekommen.



FOTO: CAJ BAYERN

Vier Parteien an einem Tag

Nachgekommen sind der Einladung MdL Eva Lettenbauer (Bündnis90/ Die Grünen), MdB Uli Grötsch (SPD), MdB Dr. Wolfgang Steinger (CSU) und Kandidat für den Bundestag Julian Zieglmaier (Die Linke). Jeweils 45 Minuten stellten Sie sich den Fragen der Teilnehmer*innen und beantworteten diese.

Große Themenvielfalt in den Gesprächen

Die gestellten Fragen deckten ein breites Spektrum an Themen ab, ausgehend von den Lebensrealitäten der Teilnehmer*innen. Viele Fragen wurden zum Klimaschutz gestellt, aber auch die Themen Arbeit, Bildung und Wohnen kamen nicht zu kurz.



FOTO: CAJ BAYERN

Einstieg am Freitag

Gute Vorbereitung am Vorabend

Zur Vorbereitung haben sich die meisten Teilnehmer*innen bereits am Freitagabend in München getroffen und Positionen und Fragen zu den verschiedenen Themen erarbeitet. „Es ist echt toll, dass unsere erste Live-Veranstaltung, der CAJ Bayern, nach langer Zeit, so eine besondere Veranstaltung ist. Wir haben uns nicht nur darüber gefreut, wieder viele CAJ-ler*innen aus ganz Bayern zu treffen, sondern konnten auch gleich noch viele Inhalte für den Austausch mit den Politiker*innen erarbeiten“, so Jasmin Klein, Landessekretärin der CAJ Bayern.



FOTO: CAJ BAYERN

CAJ Passau setzt ein Zeichen

Erfolgreiche Veranstaltung

Die Veranstaltung war ein voller Erfolg und hat unser Projekt „#machtvollaskreuz2.0“ sehr bereichert. „Wenn man das Gefühl hat ein*e Politiker*in ist auf Augenhöhe, fällt es gleich viel leichter Fragen zu stellen“, sagte Luna Heimhuber, aus der CAJ München und Freising, nach den Gesprächen. Das Wählen wichtig ist, stand nach der Veranstaltung außer Zweifel. Zu „ich gehe wählen, weil...“ wurde von den Politiker*innen und Teilnehmer*innen Statements gesammelt, wie zum Beispiel „ich gehe wählen, weil jede Stimme zählt“ oder „Ich geh wählen, weil ich hoffe, dass meine Partei durch meine Stimme, meine Interessen und Wünsche im Bundestag vertreten kann“. Diese Statements sollen auch andere Personen zum Wählen motivieren.



Instagram Story von MdB Dr Ste nger (CSU)

Gerne hätten wir länger Zeit gehabt, um den Politiker*innen noch mehr Fragen stellen zu können und um uns noch intensiver über unsere Anliegen auszutauschen. Die Ergebnisse des Politik-Tags werden in den nächsten Monaten noch weiterbearbeitet und vertieft.

JASMIN KLEIN

Schule ist mehr als Unterricht



Mit dem Motto „Schule ist mehr als Unterricht“ haben sich die katholischen Schülerverbände J-GCL und KSJ in Bayern in der Zeit von Oktober 2020 bis Mai 2021 auseinandergesetzt.

In den sozialen Medien wurden hierfür verschiedene Aspekte beleuchtet, die für Schüler*innen jenseits von reiner Wissensvermittlung im Unterricht wichtig sind. Teilweise gerade aufgrund der Situation der Pandemie, aber auch ganz grundsätzlich. Vieles ist für Jugendliche an der Schule in den letzten eineinhalb Jahren nicht optimal verlaufen und es sollte auf ein paar Punkte aufmerksam gemacht werden, die uns wichtig waren.

Im zwischenmenschlichen Miteinander blieb die Entwicklung von sozialen Kompetenzen auf der Strecke. Auch die allgemein für die psychische Gesundheit wichtigen sozialen Kontakte wurden ungesund eingestellt. Jugendliche konnten sich in der wichtigen Lebensphase Jugend nicht mehr aneinander orientieren und es fehlten vor allem den Absolvent*innen jegliche Perspektiven. Ein geregeltes Schulleben war nicht möglich und somit auch keine Erlebnisse in der Schulgemeinschaft. Die Ausstattung ließ vor allem zu Beginn zu wünschen übrig und es wurde kaum oder qualitativ sehr unterschiedlicher Distanzunterricht abgehalten.

Bildung?



All diese Punkte wurden aufgegriffen und wir haben uns damit auseinandergesetzt, wie Jugendliche an Schulen in dieser besonderen Zeit unterstützt werden können. Unsere Gedanken und Forderungen dazu können auf dem Instagramkanal der J-GCL und KSJ Bayern nachgelesen werden. MELANIE WEIKERT

Instagram-Link:

https://www.instagram.com/jgcl_ksj_bayern/



Beim LEP gemeinsam neu durchstarten – mit mehr Generationengerechtigkeit!

Die KLJB Bayern unterstützt den heute bei einem Pressegespräch vorgestellten „6-Punkte-Plan für ein zukunftsfestes Bayern“.



KLJB-Bildungsreferentin Theresa Schäfer, verantwortlich für die 2020 vorgestellte Landjugendstudie „Stadt. Land. Wo? Was die Jugend treibt“, stellte beim Pressegespräch die Forderung nach Generationengerechtigkeit in den Mittelpunkt:

„Demnächst startet die Anhörung zur Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms. Das LEP muss dazu beitragen, dass sich die Ausgangslage künftiger Generationen keinesfalls verschlechtert, sondern verbessert. Als größter Landjugendverband mit 25.000 Mitgliedern halten wir es für besonders dringlich, in der Stadt und auf dem Land gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen.“



FOTO: KLJB BAYERN

Theresa Schäfer fordert für die KLJB mehr Jugendbeteiligung:

„Unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit müssen gerade junge Menschen zuverlässig und dauerhaft in die Prozesse der Landesentwicklung einbezogen werden. Im Ergebnis bedeutet dies, nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die junge Generation bei der Entwicklung ihres Zukunftsraumes ernsthaft und auf Augenhöhe zu beteiligen. Nutzen wir also alle Potentiale in der jetzt entscheidenden Weichstellung für ein zukunftsfestes Bayern.“

Landesplanung soll Transformation in Bayern möglich machen

Der heute vorgestellte Plan der Initiative „Wege zu einem besseren LEP“ möchte Politik, Verbände, Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger dazu einladen, gemeinsam an den transformativen Möglichkeiten der Landesentwicklung zu arbeiten, diese zu gestalten und auch voneinander zu lernen.

KLJB und BUND fordern Klimaschutz auch im LEP

Als weitere Vertretung der jungen Generation war Elias Pfeiffer, Student der Raumplanung in Wien und aktives Mitglied im BUND Naturschutz Bayern bei der Vorstellung dabei und stellte übereinstimmend mit der KLJB den Klimaschutz in den Vordergrund:

„Die Bayerische Staatsregierung hat seit dem Pariser Klimaschutzabkommen die historisch einmalige Chance zu beweisen, dass sie es mit dem Klimaschutz ernst meint. Wir als junge Generation fordern, dass das LEP nicht nur klare Ziele

für den Kampf gegen den Klimawandel benennt, sondern auch adäquate pragmatische Lösungs- und Umsetzungsstrategien aufzeigt, um diese Ziele tatsächlich zu erreichen. Dies gilt sowohl für die Realisierung einer sozial verträglichen Mobilitätswende als auch für das Erreichen gleichwertiger Lebensverhältnisse. Außerdem müssen Widersprüche im LEP beseitigt werden, insbesondere auch beim Flächenverbrauch: Im Sinne der Generationengerechtigkeit brauchen wir junge Menschen eine verbindliche Perspektive.“

Weitere Statements aus dem Pressegespräch:

Prof. Dr. Manfred Miosga, Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum: „Die Klimakrise und der Verlust an Artenvielfalt nehmen zunehmend bedrohliche Ausmaße an. Wir müssen auch in Bayern endlich beherzt gegensteuern. Wir brauchen eine übergreifende Strategie und eine Idee, wie wir in Zukunft nachhaltig und gut leben können. Ein neues Landesentwicklungsprogramm kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Deshalb fordern wir ein Neustart beim LEP.“

Stephan Reiß-Schmidt, DASL, Mitglied des Landesplanungsbeirats: „Das Bundesverfassungsgericht hat mit dem Beschluss zu Art. 20a GG kürzlich ein deutliches Signal für Generationengerechtigkeit im Klimaschutz gesetzt und gefordert, ‚mit den natürlichen Lebensgrundlagen so sorgsam umzugehen und sie der Nachwelt in solchem Zustand zu hinterlassen, dass nachfolgende Generationen diese nicht nur um den Preis radikaler eigener Enthaltensamkeit weiter bewahren könnten.‘ Die Flächenkonkurrenz z.B. zwischen Landschaftsentwicklung, Artenschutz, Nahrungsmittelproduktion, Siedlung und Verkehr muss deshalb ressortübergreifend im Sinne des Klimaschutzes entschieden werden. Dazu braucht es im Bayerischen Klimaschutzgesetz dringend einen klaren Auftrag an das Landesentwicklungsprogramm!“

DR. HEIKO TAMMENA



FOTO: KLJB BAYERN

KLJB gegen Hatespeech im Netz und für Reformprozess in der Kirche

Die KLJB Bayern beschloss am 14.-16. Mai 2021 bei ihrer 72. Landesversammlung zwei für den Verband wichtige Positionen: Die KLJB ruft zu einem ihrer 25.000 Mitglieder sowie Politik und Gesellschaft zum Engagement gegen Hatespeech, Rechtsextremismus und Hass im Internet auf.

Zum anderen beschloss die KLJB eine ausführliche Position „Kritik als Zeichen der Liebe“ zum „Synodalen Weg“ der katholischen Kirche, in dem es heißt: „Wir unterstützen den Reformdialog, weil uns daran liegt, dass kirchliche Zukunftsfragen und Themen, die auch junge Menschen betreffen, ergebnisorientiert und konstruktiv diskutiert werden.“

Aktiv gegen Hatespeech — in Politik und Zivilgesellschaft

Der ehrenamtliche KLJB-Landesvorsitzende Franz Wacker (21, aus Laberweinting, Landkreis Straubing-Bogen) hat die Position „Gegen Hatespeech! Für mehr Wertschätzung, Nächstenliebe und Solidarität im Netz“ in einer Arbeitsgruppe mit vorbereitet und erklärt:

„Es geht uns darum, dass auch die Meinungsfreiheit Grenzen hat, die Politik und Gesellschaft aufzeigen müssen. Meinungsfreiheit endet dort, wo andere Personen in ihrer Freiheit eingeschränkt werden. Hier wollen wir uns ö entlich zu Wort melden und helfen, Hatespeech schon durch präventiv zu verhindern, solidarisch einzugreifen und durch gutes Zusammenwirken von Justiz, Medien und Zivilgesellschaft erfolgreich zu bekämpfen.“

„Kritik als Zeichen der Liebe“ im Reformprozess

Der ehrenamtliche KLJB-Landesvorsitzende Stefan Gerstl (28) aus Oberaichbach (Landkreis Landshut) sieht in der ausführlichen Position „Kritik als Zeichen der Liebe“ zum „Synodalen Weg“ ein Angebot der Jugendarbeit der katholischen Kirche: „Wenn wir wie viele andere Kritik üben, verstehen wir diese als ‚Zeichen der Liebe‘ zur Kirche. Wir sind als Jugendverband bereit, Veränderungen auch selbst mitzugestalten und mitzutragen. Das betri t etwa die Themen Vielfalt, Machtverteilung, Partizipation von Ehrenamtlichen und die Stellung der Frauen in unserer Kirche. So unterstützen wir die jungen Ehrenamtlichen im Synodalen Weg, die ihre Stimme für uns junge Christ*innen und die Zukunft der katholischen Kirche in Deutschland erheben.“

KLJB will sich wieder tre en – mit Klimaprojekt „HITZefrei“

Kristina Ducke (29, Pegnitz, Diözese Bamberg) ist als ehrenamtliche Landesvorsitzende der KLJB Bayern mit zuständig für das Projekt „HITZefrei. Auszeit für die Erde“. Sie freut sich, dass nach langer Zeit der digitalen Jugendarbeit bald schon wieder Präsenzangebote möglich werden: „Wir sind nach vielen digitalen Tre en gut vorbereitet für die Zeit, in der wieder verantwortungsvolle persönliche Tre en möglich sind, um Jugendarbeit auf dem Land wie früher zu erleben. So haben wir für das Projekt „HITZefrei. Auszeit für die Erde“ einiges vorbereitet wie Nachhaltigkeitstouren für Ortsgruppen oder eine Radltour „Für ein Klima der Solidarität“ am 30. Juli bis 1. August von Ingolstadt nach Regensburg, Und sogar das Abschluss-Event des Projekts wird schon für den 1.-3. Juli 2022 in Thalhausen bei Freising vorbereitet!“

72. KLJB-Landesversammlung mit vielen Online-Angeboten

Von Freitagabend bis Sonntagmittag gab es zum zweiten Mal 2020 mit über 90 Teilnehmenden einen Wechsel von

Konferenzteilen mit Berichten und Antragsdebatten, einem Online-Gottesdienst und einen Studienteil zum Klima-Projekt „HITZefrei“ mit Online-Workshops. Sogar die feierliche Verabschiedung der 2020 ausgeschiedenen KLJB-Landesvorsitzenden Simone Ebner, geb. Grill, fand am Samstagabend mit vielen kreativen Videos und Dankesworten am Samstagabend online statt.

DR. HEIKO TAMMENA



Girl Scout Power: Mädchen bilden Bande(n) – vor Ort und weltweit



Seit Januar 2021 läuft im PSG Diözesanverband Regensburg das diözesanweite Projekt „Girl Scout Power: Mädchen bilden Bande(n) – vor Ort und weltweit“ zur Stärkung der Partizipation von Mädchen und jungen Frauen im Bistum Regensburg.

Dies beinhaltet verschiedenste Elemente wie Gruppenarbeit, Ak-



tionstage, Bildungsangebote, digitale Formen, Großveranstaltungen, Lager, Projektarbeit – zur aktiven Mitgestaltung des eigenen Lebensraumes – lokal und weltweit.

Mädchenmitbestimmung bei Projektauswahl

Bereits im Juli 2020 wurde basisdemokratisch entschieden, welcher Themenschwerpunkt die Pfadfinderinnen dort für die nächsten zwei Jahre begleiten wird.

Im Sinne der Kindermitbestimmung wurde in einem ausgeklügelten Wahlverfahren in der Coronazeit der neue Themenschwerpunkt gewählt.

Vorgestellt wurden die beiden möglichen Projektschwerpunkte für das kommende Projekt anhand von Videos und Erklärungen, die den Pfadfinderinnen in den Online-Gruppenstunden oder in Präsenzgruppenstunden gezeigt wurden. Zur Auswahl standen „Girl Power“ und „Heimat“. Beide Inhalte wurden kindgerecht erklärt und anhand von praktischen Beispielen verdeutlicht.



FOTO: PSG BAYERN

Wahl angenommen

Die Mädchen konnten ihre Stimme an speziellen Wahltagen in den einzelnen Standorten, zum Beispiel vor dem Pfarrheim oder im Pfarrgarten - persönlich mit Maske und Abstand abgeben oder per Post, Email oder Handy ihr Votum abgeben.

Diese Art der Mitbestimmung fand regen Zuspruch und so wurde das Thema „Girl Scout Power“ mit 50 zu 43 abgegebenen Stimmen als neues Schwerpunktthema für das kommende diözesanweite Projekt gewählt.

Stärkung der Partizipation

Mädchen und junge Frauen in der Diözese Regensburg werden in diesem bis Ende 2022, durch das Fachprogramm „Demographie“ in der Stärkung ihrer Teilhabe durch den BJR gefördert. Die Teilnehmerinnen setzen sich aktiv mit ihrer Lebenswelt auseinander und beschäftigen sich inhaltlich mit fünf Systemen, die sie umgeben

- Ich
- Meine Familie und mein Umfeld
- Meine PSG-Gruppe / Mein PSG-Stamm
- Mein Lebensort - Lebensorte
- Weltweit

Dies soll sowohl durch Empowerment der Mädchen und jungen Frauen als auch durch Schaffung passender Beteiligungsstrukturen vor bzw. Durchführung von Beteiligungsprojekten zu den verschiedenen Themen geschehen.

MONIKA GALLE

Mehr Informationen dazu findest du unter

www.psg-regensburg.de

Sexismus in Augsburg – die Sicht und Erfahrungen von fünf jungen Frauen

Ein Video-Projekt der Pfadfinderinnen des Stamms Oberhausen

Für eine politische Veranstaltung des SJR Augsburg zum Thema „Geschlechtertalk“ wurden Stimmen von Jugendlichen gesucht, die sich zu diesem Thema äußern wollten. Mit dem „Geschlechtertalk“ sahen wir die Möglichkeit, dass relevante

Themen wie Sexismus, Rassismus und Homophobie und wie wir als junge Frauen diese in unserer Heimatstadt Augsburg erleben, angesprochen werden. Eingeladen dazu wurden Politiker*innen, Jugendliche und in der Jugendarbeit tätige Personen.

5 Pfadfinderinnen aus dem Stamm in Oberhausen waren Feuer und Flamme für das Thema und schauten sich ihre Start Augsburg nun genauer zu diesen Themen an.

Jada, eine ausgebildete Leiterin und Rangerin aus Augsburg Oberhausen nimmt uns nun mit auf den Entstehungsprozess des Videos.

<https://youtu.be/1033wnS5n1w>



Es gab viele Möglichkeiten unsere Gedanken darzustellen: einen Comic zeichnen, Lyrics schreiben oder ein Lied aufnehmen, Fotos machen oder ein Video drehen. Wir haben uns für ein Video entschieden.

Zu Beginn schwirrten uns viele Fragen im Kopf herum: Was passiert uns hier in Augsburg als junge Frauen negatives in Bezug auf Rassismus oder Homophobie, wie erleben wir unser Frau – Sein in Augsburg, welche Erfahrungen haben andere junge Frauen schon in Augsburg erlebt? Durch diese Fragen angeregt, sprudelten bei jeder von uns sofort viele Erfahrungen.

Themen wie cat calling, Unbehagen und Angst beim alleinigen Laufen in der Nacht, unfaire Behandlung durch Mitmenschen und Familienmitglieder sowie (Mirko-) Aggressionen, waren sehr schnell präsent. All unsere Gedanken zu den folgenden Fragen haben wir auf Plakaten gesammelt und uns darüber ausgetauscht. Wir haben Erlebtes geteilt, uns zusammen aufgeregt, gegenseitig aufgebaut und uns Rat gegeben. Ein tiefgründiges Gespräch hat sich dabei entwickelt.

Den Weg bis zum Film hat uns Franzi Hauber vom Youtube Projekt der PSG Bayernebene begleitet. Wichtig beim Film war

uns, unsere gesammelten Erfahrungen gut verständlich, emotional und knackig dazustellen. Nach dem Drehen vertonten wir unseren Film und sprachen den Text mit Mikrofon ein, was für uns alle sehr aufregend war.

Ich weiß noch genau wie aufgeregt ich war, aber es hat sehr Spaß gemacht und gut getan dieses wichtige Thema in Worte zu fassen und offen anzusprechen, was mir als junge Frau in Augsburg negativ auffällt.

Unser Video kannst du nun auf dem „einfach Pfadfinderin“ YouTube Channel ansehen. (QR Code)

Vorgestellt wurde unser Video dann bei der Veranstaltung „Geschlechtertalk“ organisiert vom Stadtjugendring Augsburg. Dort traf sich eine bunte Mischung aus Politiker*innen, Jugendlichen aus Augsburg und Fachkräfte aus dem Bereich Jugendarbeit. Neben Workshops wurde auch im Plenum viel diskutiert.

Wenn ihr die Möglichkeit bekommt bei so etwas mitzumachen, empfehle ich euch das sehr. Wenn sich die Möglichkeit nicht ergibt, wieso tut ihr euch dann nicht ebenso mit Freundinnen zusammen und tauscht euch über dieses Thema aus (dies fand ich einen sehr verbindenden und wichtigen Moment) oder dreht vielleicht auch euren eigenen Film! Ihr seid stark und nicht allein!

Mein Buchtipps für euch „What`s a girl gotta do?“ von Holly Bourne, es hat mich sehr inspiriert und motiviert. Es handelt von einer jungen Feministin, die sich ebenso gegen Sexismus ausspricht und hierzu viele großartige Aktionen startet.

Liebe Grüße und gut Pfad!

MONIKA GALLE

Bamberg bleibt bunt

Der BDKJ-Diözesanverband begeistert mit seiner Kampagne WILLENSTARK! Jugendliche für die Demokratie



Mit einem Kopfschuss aus nächster Nähe ermordet im Sommer 2019 der rechtsextreme Stephan E. den hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der sich für Geflüchtete eingesetzt und sich gegen rechte Parolen gestellt hat-

te. Im Oktober erschüttert ein antisemitisches Attentat Halle. Der Rechtsextremist Stephan B. will ein Blutbad in einer Synagoge anrichten. Als es ihm nicht gelingt, in das Gotteshaus einzudringen, erschießt er ziemlich wahllos zwei Menschen. Am 19. Februar 2020 ermordet der 42-jährige Tobias R. aus rassistischen Motiven in Hanau in und vor zwei Shisha-Bars neun Menschen. Während die rechtsextreme Gewalt zunimmt, sitzt in den Parlamenten von den Städten, über die Länder bis hin zum Bund mit der AfD eine rechtspopulistische bis rechts-extreme Partei.

Der BDKJ-Diözesanverband Bamberg hat deshalb die Kampagne „WILLENSSTARK! Laut für Demokratie“ ins Leben gerufen. Sie will Jugendliche für die Demokratie begeistern und sie dazu befähigen, rechtsextreme Tendenzen zu erkennen und ihnen entschlossen entgegen zu treten. Durchgeführt wird sie vor allem in Jugendgruppen vor Ort. Die Diözesanebene erarbeitet und plant dafür in Zusammenarbeit mit Expert*innen Module für verschiedene Altersgruppen. Die Workshops können von allen Jugend(verbands)gruppen gebucht und mit diesen durchgeführt werden.



FOTO: BDKJ BAMBERG

Im Februar wurde die Aktion offiziell mit einer digitalen Podiumsdiskussion eröffnet. Dabei sagte auch Erzbischof Schick in einem vorab aufgezeichneten Grußwort: „Da haben wir eine Aufgabe und einen Auftrag. Christen sind Menschen, die einen weiten Horizont haben und ein weites Herz. Populismus, Faschismus, Nationalismus - das hat etwas mit Enge zu tun.“ Der Kampagne und den Jugendlichen wünscht er, als Erzbischof und Schirmherr der Kampagne daher viel Erfolg bei ihrem Einsatz für die Demokratie. Nach verschiedenen, gut besuchten Online-Workshops - etwa bei dem Theaterpädagogen Dirk Bayer zu der Frage „Ist Hitler eine Witzfigur“ - streamte der BDKJ am Abend eine Podiumsdiskussion über den YouTube-Kanal „Jugend im Erzbistum“ unter dem Titel „So bleibt Jugend bunt – wie wir uns gegen rechte Strukturen wehren“. Zwei Stunden



FOTO: BDKJ BAMBERG

lang diskutierten Expert*innen die Frage, welche Gefahr rechte Strukturen für Jugendarbeit bilden und wie Jugendarbeit sich dagegen wehren kann. Interessierte können sich die Aufnahme auch im Nachhinein auf YouTube anschauen.

Wie sehr die AfD die politische Debatte in Deutschland schon verändert hat, machte Matthias Fack, Präsident des Bayerischen Jugendringes deutlich: Der Satz „Das wird man doch noch sagen dürfen“ sei immer häufiger zu hören, was dann folge, sei meist rassistisch, ausländerfeindlich oder rechtsextrem. Die AfD hat so eine Sprache salonfähig gemacht, die vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre. „Natürlich darf man in Deutschland alles sagen, was nicht strafbewehrt ist. Aber wir müssen auch deutlich machen, warum man manches einfach nicht sagt“, so Fack. „Da heißt es klare Kante zeigen.“

Wie das geht, zeigt Arif Taşdelen. „Einem Antrag der AfD im Bayrischen Landtag werde ich nie zustimmen, allein weil er von der AfD kommt.“ Für den jugendpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion verbietet es sich, mit einer Partei zusammenzuarbeiten, die in Teilen rechtsextrem und rassistisch ist. Dem pflichtet auch die Rechtsextremismus-Expertin Birgit Mair bei: „Im Grundsatzprogramm der AfD heißt es, dass Multikulti dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft schade.“ Damit richte sich die Partei gegen alle Menschen mit Migrationsgeschichte. „Sie will quasi ein Viertel der Jugendlichen ausschließen.“

Und das geschehe schleichend - wie die Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses. Daher sei es ungemein wichtig, auch einen Blick auf die Ziele und Praktiken der AfD in der Jugendpolitik zu werfen. Benno Hafener hat in seiner Studie „Die AfD und die Jugend“ die Politik der AfD-Fraktionen in Bundestag und den Landtagen unter die Lupe genommen. Sein Fazit: Die AfD versuche auch in der Jugendpolitik die Debatte nach rechts zu verschieben. Aus einem parteipolitischen Neutralitätsgebot der Jugendarbeit mache sie ein politisches Neutralitätsgebot. Sie fordere, dass Jugendarbeit sich nicht für eine demokratische und plurale Gesellschaft einsetzen darf. In der Folge gebe es dann zahlreiche Anfragen - etwa zu den Auftritten bestimmter Bands in Jugendzentren. Diese Nachfragen könnten mittelfristig dazu führen, dass eine Veranstaltung gar nicht erst geplant werde, weil man nicht von Rechtspopulisten verunglimpft werden möchte. Im bayerischen Landtag machte die AfD jüngst sogar deutlich, dass sie dem Bayerischen Jugendring am liebsten alle Zuschüsse streichen würde. Betroffen wären davon alle Jugendverbände

und Jugendringe in Bayern und damit mehr als zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen.

Ende Juni setzten sich die Jugendlichen mit zahlreichen Aktionen im Erzbistum Bamberg für Demokratie und Toleranz ein. Im Rahmen des Projekts machten sie so deutlich, dass im Erzbistum Bamberg kein Platz für Hass und Hetze ist. In Bamberg präsentierte der Diözesanvorstand an einem Infostand seine Arbeit und kam mit Passant*innen ins Gespräch. Dabei kam es auch zu Diskussionen über Meinungsfreiheit und Corona oder die Rolle der Kirche im Umgang mit Homosexuellen. Auch viele Kinder interessierten sich für die Arbeit des BDKJ. Auf einem Banner konnten sie eine Botschaft hinterlassen, für was sie laut sein wollen. Gerade den jungen Menschen ist die Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen ein großes Anliegen. An der Aktion beteiligte sich auch geschäftsführende BDKJ-Bundsvorsitzende Lisi Maier, die dafür extra aus Berlin nach Bamberg anreiste.

In Forchheim hat der BDKJ-Regionalverband in Kooperation mit dem Caritas-Verband Bamberg verschiedene Orte herausgegriffen, die ein Schlaglicht auf Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Nationalsozialismus werfen und so dazu anregen, sich für die Demokratie stark zu machen. Die Videos gibt es auch weiterhin auf dem Instagram-Kanal des BDKJ-Regionalverbandes Forchheim zu sehen.

In Hallstadt konnten Passant*innen in der Fischergasse ein Statement mit Malkreide auf die Straße bringen. Der Jugendausschuss St. Kilian hat dies organisiert und mit einem passenden Kreidebild den Startpunkt gesetzt. In Ansbach schmückten die Jugendlichen den Platz rund um das Theater mit zahlreichen Bannern – für Menschenrechte und gegen Hass und Hetze. In Coburg und Lichtenfels haben die BDKJ-Regionalvorstände einen thematischen Actionbound für Jugendliche erstellt. Bei der digitalen Schatzsuche lassen sich die Städte ganz neu entdecken. Auch der Diözesanverband der Jugendverbände der Gemeinschaft Christlichen Lebens (J-GCL) beteiligte sich an der Aktion und hängt ein Banner an das Verbandshaus in der Bamberger Frauenstraße.

„Als Christ*innen haben wir die Pflicht, uns in politische Debatten einzubringen“, sagt der Bamberg BDKJ-Diözesanvorsitzende Stefan Hofknecht. „Um so mehr freue ich mich über das politische Engagement der Jugendlichen und dass sie für Toleranz und Demokratie auf der Straße Gesicht zeigen.“ Der Aktionstag wurde sehr kurzfristig organisiert. Eigentlich war für Ende Juni eine jugendpolitische Fahrt nach Berlin geplant. Diese musste Corona-bedingt abgesagt werden. „Ich bin beeindruckt, wie viel die Jugendlichen in dieser kurzen Zeit auf die Beine gestellt haben“, sagt Hofknecht.

ANDREAS KRAFT

Jugendkorbinian 2021 – AUFMACHEN



Die 79. Jugendwallfahrt des Erzbistums München und Freising findet am 13. November 2021 unter dem Motto „AUFMACHEN“ mit einem neuen, dezentralen Konzept statt. Diesmal wird es – mit Rücksicht auf die nicht vorhersehbare Corona-Lage im Herbst - neben dem Festgottesdienst (Live-Stream Übertragung) überall in der Erzdiözese KORBI DAHOAM geben. Das sind viele lokale Jugendkorbinian-Veranstaltungen, mit örtlichen Wallfahrten und Jugendkorbinian-Festivals. Die Anmeldung für KORBI DAHOAM läuft noch bis 5. Oktober 2021, inzwischen gibt es bereits 20 Gruppen aus Jugendverbänden und Pfarreien, die dabei sind. Unterstützt werden die KORBI DAHOAM-Veranstaltungen mit Werbe- und Aktionsmaterialien. Dazu kommen wieder Angebote, wie Musik zum Feiern und Tanzen aus der Event-Area, die sich digital vor Ort nutzen lassen.

CLAUDIA HOFFMANN

www.jugendkorbinian.de





Demokratie - Mitbestimmung - Wahlen
Eine Kampagne des BDKJ Diözese Passau.

Geh wählen - gewählt



„Geh wählen – gewählt“ so heißt die Kampagne, unter deren Namen sich der BDKJ Diözesanvorstand Passau seit Herbst 2020 intensiv mit Demokratie, Mitbestimmung und Wahlen beschäftigt. Ziel des Passauer Vorstandes ist es, diese Themen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen näher zu bringen und auch im Rahmen der bundesweiten Aktion „Zukunftszeit“ alle Wahlberechtigten zum Wählen gehen aufzufordern. Erfüllt werden sollen diese Ziele durch zwei verschiedene Herangehensweisen. Zum einen wurde eine Arbeitshilfe mit gesammelten Impulsen und Methoden der Jugendverbände erstellt. Lee Tanzer und Dominik Wiesmann vom BDKJ Diözesanvorstand haben dafür ein eigenes Planspiel konzipiert. Ergänzt wird das Planspiel und die Impulse vom Lernspiel „Quarar-entscheide mit!“, welches im BDKJ-Büro zur Ausleihe bereitsteht. Die Arbeitshilfe wurde unter anderem Gruppenleiter*innen für ihre Gruppenstunden vor Ort zur Verfügung gestellt. Sie ist außerdem digital auf der BDKJ-Website abzurufen. Zum anderen wurden Erklärvideos zu 16 spannenden Fragen rund um die Bundespolitik erstellt. Mit der Hilfe von aufwendig gestalteten Zeichnungen wird zum Beispiel erklärt, was die Aufgaben der Bundeskanzlerin sind und wie diese gewählt wird. Die Videos werden bis zur Bundestagswahl am 26. September 2021 auf allen sozialen Medien des BDKJ Passau geteilt. Sie sind zudem auf YouTube unter Bistum Passau Jugend und auf der Website des BDKJ Passau zu finden

JOHANNA HASELBÖCK



Grundrechte junger Menschen müssen berücksichtigt werden

Der BDKJ Würzburg stellt klar, dass bei der Rückgabe von Grundrechten Kinder und Jugendliche berücksichtigt werden müssen, für die es noch keinen zugelassenen Impfstoff gibt.



Dass die Grundrechte von Geimpften und Genesenen nicht unverhältnismäßig eingeschränkt werden, wenn von ihnen keine Ansteckungsgefahr mehr ausgeht, ist juristisch geboten. Die Regelung in ihrer aktuellen Form benachteiligt allerdings einmal mehr die junge Generation. Unabhängig von der vorhandenen Bereitschaft können sich Kinder und Jugendliche neben Menschen, bei denen gesundheitliche Gründe dagegen sprechen, gar nicht impfen lassen. Denn für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren ist schlichtweg noch kein Impfstoff zugelassen

„Gerade junge Menschen waren und sind in ihrer Lebensführung durch die Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 besonders stark eingeschränkt und wurden von der Regierung in erster Linie als Schüler*innen gesehen. Bei der Rückgabe der Grundrechte dürfen junge Menschen jetzt nicht wieder benachteiligt werden – nur weil sie zu jung für den Impfstoff sind.“ so Sebastian Dietz, BDKJ-Diözesanvorstand. „Solange Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene keine zeitnahe Impfung bekommen können, fordern wir andere Konzepte, um jungen Menschen ihre Grundrechte zurückzugeben. Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, soziale Kontakte zu pflegen und an Angeboten der Jugend(berufshilfs)arbeit teilnehmen zu können!“

Der BDKJ Würzburg begrüßt daher, dass die besondere Situation von Kindern unter 14 bislang zumindest bei den Kontaktbeschränkungen berücksichtigt worden ist. Dennoch brauchen sie für ihre Lebensführung eine längerfristige Perspektive. Neben dieser entwicklungspsychologischen Sicht ist die Rückgabe der Grundrechte aber auch eine Frage der Generationengerechtigkeit: Junge Menschen haben in der großen Mehrheit Einschränkungen von Anfang an solidarisch mitgetragen, um gefährdete Gruppen bestmöglich zu schützen. Nun darf die junge Generation auch Lösungen erwarten, bei denen sie für ihre Bedürfnisse Solidarität von der älteren Generation erfahren.

Dominik Großmann

BDKJ- Diözesanversammlung auf dem Volkersberg im Zeichen von Trauer, Vielfalt und Engagement



FOTO: MIRIAM HALBIG

BDKJ-Diözesanvorstand, v.l.n.r.: Lars Vorbeck, Christina Lömmer, Bernhard Lutz, Vanessa Eisert, Sebastian Dietz

Ende Juni tagte die Diözesanversammlung des BDKJ im Bistum Würzburg auf dem Volkersberg. Dank der sinkenden Inzidenzen konnte die Versammlung unter Einhaltung des eigens hierfür erstellten Hygienekonzepts in der Jugendbildungsstätte Volkersberg stattfinden. Bernhard Lutz, Geistlicher Leiter des BDKJ, eröffnete die Versammlung mit einer Schweigeminute für die Opfer und Angehörigen der Messerattacke in Würzburg, die sich kurz vor Versammlungsbeginn ereignete.

Die rund 40 ehrenamtlichen Delegierten aus 10 Jugend- und 11 Regionalverbänden blickten zurück auf das vergangene, von Corona geprägte Jahr und tauschten sich per Videokonferenz mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten aus Unterfranken aus. Dabei machten die jungen Menschen deutlich, dass sie für ein buntes, solidarisches und vielfältiges Land stehen und eintreten und sich das auch von Entscheidungsträger*innen in der Politik wünschen.

Die Versammlung beschloss einstimmig einen Antrag zum Erhalt und zur Förderung der Jugendhäuser, einschließlich der verbandlichen Selbstversorgerhäuser. „Der harte Sparkurs des Bistums trifft insbesondere die kirchliche Kinder- und Jugendarbeit. Kinder und Jugendliche brauchen Räume, in denen sie sich frei entwickeln können und Erfahrungen sammeln. Wir fordern daher die Bistumsleitung auf, sich für den Erhalt der Jugendhäuser einzusetzen“, sagt Christina Lömmer, BDKJ-Diözesanvorsitzende.

Liebe ist keine Sünde

„Liebe ist keine Sünde — Segen auch für gleichgeschlechtliche Paare“ unter dieser Überschrift forderte die Versammlung Bischof Franz Jung auf, sich in Bistum Würzburg im Rahmen des Synodalen Wegs und darüber hinaus für die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare stark zu machen. Die Versammlung positionierte sich klar und einstimmig gegen die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und für die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in der katholischen Kirche. „In der breiten Auseinandersetzung, die gerade innerhalb unserer Kirche geführt wird, sprechen wir für eine Generation, die die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung nicht mehr mittragen kann und will“, fasst Sebastian Dietz, BDKJ-Diözesanvorsitzender, die Antragsdiskussion und den Beschluss zusammen.

Weiterhin traf die Versammlung Beschlüsse für das kommende Jahr und anstehende Aktionen. Neben der diözesanen Veranstaltung zur Sternsingeraktion 2022, die in der Region Aschaffenburg stattfindet, soll im kommenden Jahr auch das 75-jährige Bestehen des BDKJ Würzburg gefeiert werden. Außerdem beschloss die Versammlung, an der 72-Stunden-Aktion im Jahr 2024 teilzunehmen und sich dort für soziale Projekte einzusetzen.

Zu Gast waren am Samstag Generalvikar Dr. Jürgen Vorndran, der im Morgengebet die Opfer und Betroffenen der Messerattacke mit einschloss, sowie Domkapitular Albin Krämer. Er stellte sich der Versammlung als neue Leitung der Hauptabteilung Seelsorge vor und feierte mit der Versammlung am Samstagabend den Gottesdienst. Auch BDKJ-Bundespräsident Stefan Ottersbach und Florian Hörlein aus dem Landesvorstand des BDKJ Bayern nahmen an der Versammlung teil. Dr. Michael Wolf, der als Vorsitzender des Diözesanrats der Katholik*innen im Bistum Würzburg zu Gast war, ermutigte die Delegierten, sich weiter für die Jugendarbeit im Bistum zu engagieren.

Dominik Großmann

FÜR DIE ZUKUNFT ALLES GUTE



Miriam Reis
BDKJ Landesstelle



Clemens Mezler
BDKJ Regensburg



Eva Schubert
KSJ und JGCL Bayern

EINEN GUTEN START



Stefanie Hollweck
KSJ und JGCL Bayern

Start der Zusatzausbildung Coach für Berufs- und Lebensstilorientierung (IF) im November 2021

Diese Zusatzausbildung bieten wir mit großem Erfolg und bereits im siebten Ausbildungsgang an.

Der VII. Ausbildungsgang umfasst 7 Kursteile. Er startet im November 2021 und endet im November 2022.

Start der Zusatzausbildung zur_ zum Sozialbetriebswirt:in (IF) im April 2022

Eine berufsbegleitende Zusatzausbildung für alle, die sich fit machen wollen für verantwortliche Positionen in Sozialen Organisationen

Der XIV. Ausbildungsgang startet im April 2022.

Am 06.10.2021, 17-19 Uhr, bieten wir einen Info-Nachmittag zum Kurs an. Mehr Infos dazu auf der Instituts-Website.

Für ausführliche Informationen und Ihre Fragen:

Dr. Ralph Neuberth, Dozent am Institut,
neuberth@institutgauting.de

<https://www.institutgauting.de/seminare/>



FOTO: INSTITUT FÜR JUGENDARBEIT GAUTING



„Politische Bildung in Krisenzeiten – Aufgabe und Rolle der Jugend(verbands)arbeit und Jugendpastoral“

am 22. November 2021 , 9.30 17.00 Uhr
im CPH Nürnberg

Für ausführliche Informationen und die Anmeldung:
Magdalena Heck-Nick
magdalena.heck-nick@bdkj-bayern.de
<https://www.bdkj-bayern.de/landesstelle/nuernberger-forum/>

Jugendarbeit & Corona

Auf unserer Homepage findet ihr unsere Infokiste rund um das Thema "Jugendarbeit & Corona" eine Sammlung der verschiedensten Informationen,

Arbeitshilfen, Links und was sonst noch alles in und nach Zeiten der Pandemie wichtig sein kann.

<https://www.bdkj-bayern.de/themen/jugendarbeit-corona/>





Wahlalter endlich senken!
Junge Menschen müssen an
allen politischen Prozessen im
vollen Umfang beteiligt werden.